

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Roland Geitmann **3** Grundeinkommen – eine Idee mit langer Geschichte
- Günther Moewes **7** Maschinenarbeit statt Menschenarbeit – ein Jahrtausendtraum
- Ronald Blaschke **17** Bedingungsloses Grundeinkommen – Würde und Wert des Menschen
- Alwine Schreiber-Martens **27** Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen
- 33** Bücher – Veranstaltungen

Liebe Leserin und lieber Leser,

die jüngsten Turbulenzen auf den weltweiten Finanzmärkten fielen zeitlich mit dem fünfjährigen ‚Jubiläum‘ der Hartz-Gesetze zusammen. Dieses Zusammentreffen dürfte gewiss ein Zufall sein; es entbehrt aber nicht einer gewissen Symbolik. Die Gesellschaft gerät zunehmend aus den Fugen. An ihrer Spitze wackelt der babylonische Turm der Finanzmärkte. Ihre Mitte ist einem fortschreitenden Auflösungsprozess ausgesetzt, der ein großes Gefahrenpotenzial an politischen Verirrungen in sich birgt. Unten im Parterre, wo mühsam um Mindestlöhne gestritten wird, und im Keller nehmen die sozialen Verwerfungen zu. „Die im Dunklen sieht man nicht“, beklagte Bert Brecht einst in der „Dreigroschenoper“. Inzwischen nehmen Missstände wie die Kinderarmut Ausmaße an, die sich nicht mehr leugnen lassen.

Aufgrund ihrer Erfahrungen mit Hartz IV sinkt das Vertrauen Betroffener in die Politik rapide und darüber hinaus werden weite Bevölkerungskreise von Ängsten vor einem sozialen Abstieg erfasst. In Zukunft werden nach Auskunft von PsychologInnen immer mehr Menschen an Sinnkrisen und Depressionen leiden. Von dieser „Mutter aller Zivilisationskrankheiten“ werden mehr Menschen betroffen sein als von der Gesamtheit der Infektionen und Krankheiten des Bewegungsapparats, sowie von Herz und Kreislauf. Für Prof. Marianne Leuzinger-Bohleber vom Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt sind Depressionen Reaktionen auf die „moderne Entwurzelung“ durch Arbeitslosigkeit, durch die Auflösung sozialer Bindungen und durch den Abbau des sozialen Netzes. „Die Gründe dafür sehe ich – wie übrigens die meisten Experten – vor allen in gesellschaftlichen Bedingungen.“ (Psychologie Heute Nr. 8/2006, S. 20 und 27) Die Fachleute streiten sich jedoch nur darüber,

ob Psychopharmaka oder Psychotherapien angemessene Behandlungsformen sind oder ob eine Kombination von beiden sinnvoll ist. Und im Bereich der Psychotherapien gehen die Meinungen über den Sinn von mehr analytischen oder mehr verhaltenstherapeutischen Verfahren auseinander.

Wäre es nicht angebracht, im Sinne der Sozialpsychologie von Erich Fromm auch die „gesellschaftlichen Bedingungen der modernen Entwurzelung“ stärker in die Ursachenforschung einzubeziehen und dann konsequenterweise auch das Spektrum von Therapien um gesellschaftliche Veränderungen zu erweitern? Als eine solche, in Opposition zu Hartz IV stehende Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen versteht sich der in jüngster Zeit in vielen Facetten diskutierte Gedanke eines Grundeinkommens. Seine Ideengeschichte und Fragen des Menschenbildes waren auf der letzten CGW-/INWO-Tagung in Birkenwerder ebenso Thema wie die damit verbundenen Finanzierungsfragen und Komplikationen – und die Frage nach dem Verhältnis zu der von uns angestrebten Geld- und Bodenreform. Dabei deuteten sich Möglichkeiten einer wechselseitigen Ergänzung an. Die Tagungsbeiträge stellen wir Ihnen in diesem Heft vor – leider ohne den Beitrag über das Modell der Katholischen Arbeitnehmerbewegung. Informationen darüber finden Sie in dem in diesem Heft rezensierten Buch von Ralf Welter und im Internet (www.kab.de).

Die Anzeige auf der Seite 16 möge Sie freundlich daran erinnern, dass unsere „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ finanzielle Unterstützung benötigt, um die Herausgabe unserer Zeitschrift und die Durchführung von Tagungen weiterhin gewährleisten zu können.

Werner Onken

Überraschende(?) Turbulenzen auf den Finanzmärkten

„Bislang wurde keine Finanzmarktkrise – ob Börsenkrach 1987, EWS-Währungskrise 1992, Südamerika-/Russland-/Südostasienkrise 1998 und Börsenkrach 2000 – richtig prognostiziert. ... Auf überdurchschnittliche Renditen erpichte Anleger, Banken, gelegentlich sogar Zentralbanken, wähen alles unter Kontrolle. Sind die Gefahren für das Ganze groß genug, dürfen die Finanzmärkte darauf vertrauen, dass die Zentralbanken sie nicht im Stich lassen können. ... Paradoxerweise ist dies für viele oft die beste Botschaft, denn ihr folgen Geldspritzen für die Finanzmärkte. ... Die größte Herausforderung ist mittelfristig: Wie gelingt es, die zusätzliche Liquidität wieder aus dem Markt zu nehmen?“

Ulrich Heilemann, Die überraschende Krise, in: Handelsblatt vom 4.9.2007

Zunehmende Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft

„Was wird aus der gesellschaftlichen Mitte? Mit materiellen Zugewinnen ‚oben‘ und Verlusten ‚unten‘ geraten die mittleren Lagen ins Rutschen. ... Grundprinzipien einer integrationsfähigen Gesellschaft wie Solidarität, Fairness und Gerechtigkeit scheinen zur Disposition zu stehen. ... Die ‚Mitte‘ ist in vielerlei Hinsicht ähnlich feindselig geworden wie Personen, die ihre Position rechts verordnen. Man kann sagen: Die Mitte wird ‚normal feindselig‘. Eine große Zahl von Menschen versucht, ihrer eigenen Unsicherheit mittels einer Ideologie der Ungleichwertigkeit zu entkommen. ... Das machtlose Verzagen gegenüber den Starken schlägt um in Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Homosexuellen und Aversionen gegen weitere Gruppen.“

Wilhelm Heitmeyer, Die verstörte Gesellschaft, in: Die Zeit Nr. 51/2005, S. 24.

Grundeinkommen

„Es geht um die Errichtung einer ‚Einheitssteuer‘, die auf den Verkehrswert der privat angeeigneten Böden und Bodenschätze erhoben wird. ... Die Einnahmen aus dieser Steuer werden zu gleichen Teilen unter allen Mitgliedern einer Gemeinschaft verteilt – unabhängig davon, welchen individuellen Beitrag sie zur Wohlstandsproduktion leisten. ... Natürlich wäre es vorstellbar, dieses Modell neben dem Erdöl noch auf andere natürliche Ressourcen zu übertragen, wie zum Beispiel auf die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre für Emissionen. Anstatt die Verschmutzungsrechte, die der Europäischen Union im Rahmen des Kyoto-Protokolls zugebilligt wurden, kostenlos zu verteilen, wäre es auch denkbar gewesen, sie meistbietend zu versteigern und die Einnahmen in Form eines allgemeinen Grundeinkommens unter aller Bürgern umzuverteilen.“

Yannick Vanderbourght und Philippe van Parijs
Ein Grundeinkommen für alle? – Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags
Frankfurt/M. 2005, S. 88 und 124–125.

Grundeinkommen – eine Idee mit langer Geschichte

Roland Geitmann

Eine auffallend kontroverse Diskussion quer durch alle politischen Lager hat sich in neuerer Zeit um das Stichwort „Grundeinkommen“ entwickelt. Den einen erscheint diese Idee als Neuaufgabe des Staatssozialismus. Umgekehrt sehen andere Beobachter im Grundeinkommen einen Freifahrtschein für den Arbeitsplätze vernichtenden Turbokapitalismus. Beide Sichtweisen kombinierend halten wiederum andere das Grundeinkommen für den „kapitalistischen Weg zum Kommunismus“. Während manche darin die Lösung schlechthin sehen, konzedieren andere, dass es ein wichtiger Baustein sein könnte, der jedoch bestimmte Voraussetzungen hat und wichtigere Reformprojekte nicht ersetzt.

Viele Wurzeln

Eine tief reichende Wurzel dieser Idee dürfte die Sehnsucht nach dem Paradies sein, aus dem der Mensch nach der Schöpfungsgeschichte vertrieben wurde, um im Schweiß seines Angesichts auf dieser Erde sein Leben durch Arbeit zu sichern. Rückwärts gewandt wäre dies eine Sehnsucht in den mütterlichen Uterus, ins Schlaraffenland des Faulenzers. Doch gibt es auch eine nach vorn gerichtete Sehnsucht, befreit von materiellen Bedürfnissen in himmlischen Gefilden sich kreativen und fürsorglichen Aufgaben zu widmen, sich frei zu betätigen.

Die Diskussion um ein Grundeinkommen berührt Grundwerte unserer Gesellschaft: Befreiung von materieller Existenzangst dient der Menschenwürde (Artikel 1 Grundgesetz) und freier Entfaltung der Persönlichkeit, wie sie Artikel 2 Absatz 1 unserer Verfassung jedem Menschen zuerkennt. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gemäß Absatz 2 dieses Artikels kommt dann voll zum Tragen, wenn das Recht auf gleiche Teilhabe an den Früchten dieser Erde und am Wohlstand der Gemeinschaft anerkannt wird.

Hiermit hängen weitere Zielvorstellungen zusammen, insbesondere die Forderung, nicht so sehr die Arbeit zu besteuern, sondern die Inanspruchnahme von Naturressourcen und entsprechende Einnahmen pro Kopf zurückzuverteilen. Mit der Idee Grundeinkommen verwandt ist auch der Vorschlag, Arbeit und Einkommen (schrittweise) zu entkoppeln und dabei den gesamten Bereich menschlicher Betätigung, einschließlich privater und sozialer Arbeit, ins Auge zu fassen, statt Arbeit auf Erwerbstätigkeit einzuengen. Eine solche Blickerweiterung hilft zu erkennen, dass es dem Menschen besser bekommt, wenn die Arbeit um der Sache willen getan wird, und dass Gedanken an das Entgelt davon eher ablenken.

Grundeinkommen könnte ein wesentliches Element eines auf Solidarität (Geschwisterlichkeit) angelegten Wirtschaftslebens sein, in dem jede/r für andere arbeitet und objektiv gegebene Arbeitsteilung auch bewusst mit vollzieht – gemäß Rudolf Steiners „Sozialem Hauptgesetz“: „Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden.“

In einer solchen Gesellschaft übernehmen alle Mitglieder soziale Verantwortung für das Wohl aller anderen und ermöglichen unbegrenzte (vor allem kulturelle) Betätigungen durch Schenkungsgelder. Das Grundeinkommen könnte uns der Verheißung eines „Lebens in Fülle“ nahe bringen, wie es uns in der Bergpredigt mit den Worten „Sorget nicht für den morgigen Tag“ zugesprochen wird.

Vorläufer und Karikaturen

In einem weiteren Sinne Vorläufer eines Grundeinkommens sind alle Formen, in denen die Gesellschaft für Mitmenschen sorgt, wie es seit je in Familie und Nachbarschaft geschieht. Die Armenfürsorge durch Kirchen, Klöster und Spitäler gehört in diesen Zusammenhang ebenso wie die der Gemeinden und die ab dem 19. Jahrhundert etablierten staatlichen sozialen Sicherungssysteme. Im Unterschied zum Grundeinkommen gilt für solche besondere Problemlagen ausgleichenden Zuwendungen jedoch das Bedürftigkeitsprinzip (mit entsprechenden bürokratischen Kontrollen) oder müssen entsprechende Beitragszahlungen vorausgegangen sein.

Andere leistungslose Einkommen, nämlich solche aus Vermögen, sind zwar seit jeher Gegenstand menschlicher Sehnsüchte, aber doch eher Karikaturen eines Grundeinkommens und nicht Vorbilder. Dies gilt zumindest, solange Vermögen extrem ungleich verteilt sind und Privateigentum auch an Gütern anerkannt wird, die entweder der Gesamtmenschheit zustehen (Naturressourcen) oder sich selbst bzw. denen, die damit aktuell arbeiten, gehören sollten (größere Wirtschaftsbetriebe). Das Grundeinkommen ist ein egalitäres Projekt und das Gegenteil von Privileg.

Vordenker

Die verdienstvolle Zusammenstellung der Ideengeschichte durch Yannick Vanderborght und Philippe van Parijs („Ein Grundeinkommen für alle?“ 2005) belegt, wie in den letzten 250 Jahren aus einzelnen Stimmen allmählich eine dichte Diskussion entsteht. Dabei fällt auf, dass deutsche Autoren sich erst in neuester Zeit beteiligen und dass von Anfang an ein Zusammenhang gesehen wird zwischen der Idee Grundeinkommen und dem Teilhaberecht am Boden.

Dass die Erde der gesamten Menschheit gehört, ist Grundeinsicht aller Religionen und wird auch vom Humanismus aufgegriffen. Also sind die Erträge der Erde gleichmäßig unter allen Bürgern zu verteilen. Aus dieser Überlegung kommt Thomas Paine (1737-1809), eine der Leitfiguren sowohl der Amerikanischen als auch

der Französischen Revolution, zu dem Vorschlag, „allen Bürgern mit ihrem 21. Geburtstag aus einem nationalen Fonds einen Betrag von 15 Pfund Sterling als Entschädigung für die naturrechtlichen Ansprüche, die ihnen durch das System des Grundeigentums verloren gegangen sind, auszahlen. Darüber hinaus sollen alle Bürger, die bereits ihr 50. Lebensjahr erreicht haben, und alle jene, die es noch erreichen werden, bis an ihr Lebensende jährlich eine Summe von 10 Pfund Sterling erhalten.“ (Agrarian Justice 1796).

Weitergehend fordert Thomas Spence (1750-1814) in seiner Streitschrift „Die Rechte der Kinder“ (1797) eine kontinuierliche Transferleistung. Jede Gemeinde solle die Nutzungsrechte all ihrer Immobilien meistbietend versteigern, um aus den Einnahmen neben den öffentlichen Gemeindeausgaben eine Grundversorgung der Einwohner zu sichern. „Unabhängig von seiner Höhe ist dieser Anteil an den überschüssigen Einnahmen ein unveräußerliches Recht jedes Menschen in einer zivilisierten Gesellschaft und entspricht den natürlichen Komponenten des allen gemeinsamen Eigentums, die ihnen allerdings vorenthalten bleiben, weil sie zu Zwecken der Landwirtschaft oder der Weiterverarbeitung verpachtet werden.“

Der französische Sozialphilosoph Charles Fourier (1772-1837), von Marx abfällig als utopischer Sozialist bezeichnet, fordert schon 1803 eine bedingungslose Einkommensgarantie und schreibt dazu 1836 in seinem Werk „La fausse industrie“: „Das allererste Recht, das Recht, die Früchte der Natur zu ernten, die Gaben der Natur zu nutzen, die Freiheit zu jagen, zu sammeln, das Weideland zu nutzen, entspricht einem Recht auf Nahrung, dem Recht zu essen, wenn man hungrig ist. In den zivilisierten Gesellschaften stellen die Philosophen dieses Recht in Abrede, Jesus Christus jedoch gewährt es Damit bekräftigt Jesus das Recht, sich das Notwendige zu besorgen, wenn man hungrig ist. Und dieses Recht verpflichtet die Gesellschaft dazu, die Grundversorgung des Volkes zu gewährleisten: Da dieses erste Naturrecht – das Recht des Jagens, des Fischens, des Sammelns, des Weidens – in der Zivilisation verloren gegangen ist, muss diese für eine Entschädigung sorgen.“

Allerdings will Fourier diese Zuwendung (in Form von Naturalien) auf Arme beschränken. Weitergehend, weil ohne diese Beschränkung, wiederum der Belgier Joseph Charlier (1816-1896), der in seinem Werk „Solution du problème social ou constitution humanitaire“ (1848) ähnlich wie Paine, Spence und Fourier betont, dass alle Menschen zur Sicherung ihrer Grundversorgung ein Nutzungsrecht an den von der Vorsehung geschaffenen natürlichen Ressourcen haben. Privater Grundbesitz verstoße deswegen gegen das Gerechtigkeitsprinzip, weswegen der Staat langfristig einziger Grundeigentümer werden solle. Als Übergangslösung schlägt er für die Grundeigentümer eine Rente auf Lebenszeit und für alle anderen ein bedingungsloses garantiertes Mindesteinkommen vor, das vierteljährlich oder monatlich ausbezahlt werden solle und das er in einem späteren Werk „Bodendividende“ nennt (La Question sociale résolue, 1894): „Die Müßiggänger müssen sich dann eben mit dem Lebensnotwendigen zufrieden geben. Die Pflicht der Gesellschaft besteht allein darin, dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne in den Genuss jener Elemente kommt, die die Natur ihm zur Verfügung stellt, ohne dass anderen damit geschadet wird.“

Das gleichmäßige Anrecht auf den Gebrauch der natürlichen Ressourcen ist auch für die Bodenreformer Selbstverständlichkeit. Henry George (1839-1897) will die entsprechenden Einnahmen jedoch zur (alleinigen) Finanzierung öffentlicher Ausgaben verwenden. Im Unterschied dazu schlägt Silvio Gesell (1862-1930) vor, die Bodennutzungsentgelte an Mütter mit Kindern auszu zahlen. Diese Verknüpfung zwischen Bodenrente und Kindererziehung ist in der Tat der ökonomisch und sozialphilosophisch stimmigste Kern der Grundeinkommensidee.

Debatten

Im 20. Jahrhundert werden aus einzelnen Äußerungen öffentlich wahrgenommene Debatten, wenn auch zunächst in einzelnen Ländern unabhängig voneinander. In seiner Schrift „Roads to Freedom“ (1918) plädiert der Philosoph Bertrand Russell (1872-1970) für ein Sozialeinkom-

men für alle, das die Grundbedürfnisse befriedigt. Ähnliches fordern Dennis Milner (1892-1956) und seine Frau Mabel in ihrer Schrift „Scheme for a State Bonus“ eine bedingungslose Leistung an alle Einwohner Großbritanniens, orientiert am Bruttoinlandsprodukt. Die Labour Party diskutiert hierüber, lehnt es aber im Jahr 1921 ab. Unter dem Begriff „Social Credit“ erscheint die Forderung bei dem Engländer Clifford Douglas (1879-1952), was in Kanada sogar zu einer Social Credit Party führt, die diese Idee allerdings später fallen lässt.

Zunehmend greifen auch Wirtschaftswissenschaftler die Idee auf. Bei dem späteren niederländischen Nobelpreisträger Jan Tinbergen taucht sie schon 1934 unter dem Begriff „basisinkomen“ auf und später als „basic income“ bei dem Ökonomen George D.H. Cole (1889-1959). Auch der Nobelpreisträger James Meade (1907-1995) spricht sich für eine „Sozialdividende“ aus.

In seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ (1962) votiert der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman für die Einführung einer Negativsteuer, ein auszahlabares, pauschales Steuerguthaben im Rahmen einer linearen Einkommensbesteuerung. Auf diese Weise sollen Zahlungen zwischen Staat und Einwohnern in beiden Richtungen bei einer Finanzbehörde zusammengefasst werden. Im Unterschied zu Friedman fordert James Tobin (1918-2002) ein existenzsicherndes garantiertes Mindesteinkommen. Unter der Bezeichnung „demogrant“ nimmt es der demokratische Präsidentschaftskandidat George McGovern in sein Wahlprogramm, während Richard Nixon die Idee der Negativsteuer aufgreift, damit aber im Oktober 1972 im Senat mit knapper Mehrheit scheitert.

In Europa erfährt die Idee des Grundeinkommens in den 1980er Jahren verstärkte Unterstützung, so in Dänemark („Bürgerlohn“) und in den Niederlanden, wo sich die kleine Radikale Partei dafür einsetzt. In Großbritannien wird 1984 die Basic Income Research Group gegründet, die sich 1998 in Citizen's Income Trust umbenannt. In Deutschland greifen u.a. Opielka, Vobruba, Mitschke, Offe und Scharpf das Thema auf. In Frankreich werben die Philosophen André Gorz und Jean-Marc Ferry für ein Grundeinkommen.

Im Jahr 1986 gründet sich das Basic Income European Network (BIEN). Nachdem ähnliche Netzwerke in den Vereinigten Staaten, Südamerika, Südafrika, Australien und Neuseeland entstehen, verwandelt sich das BIEN im Jahr 2004 in ein weltweites Netz: Basic Income Earth Network.

Ein kleiner Anfang

Einen praktischen Einstieg vermelden Vanderborght und Van Parijs aus Alaska, wo im Jahr 1976 aus Erdöleinnahmen der Alaska Permanent Fund gegründet wurde, aus dem seit 1982 allen Bürgern, die sich mindestens 6 Monate legal in Alaska aufhalten, unabhängig von ihrem Alter eine Dividende in gleicher Höhe ausbezahlt wird. Diese betrug in den ersten Jahren etwa 300 Dollar pro Jahr und Person, erreichte im Jahr 2000 mehr als 2.000 Dollar und sank entsprechend dem Ölpreis im Jahr 2004 wieder auf 920 Dollar. Immerhin ein Anfang.

Richtungsanzeige

Die Idee des staatlich garantierten Grundeinkommens zieht Konsequenzen aus mehreren Entwicklungen:

- Zuerkennung individueller und anderer Menschen ausschließender Nutzungsrechte an dieser Erde,
- menschliche Arbeit ersparende technische Entwicklung und gestiegener Wohlstand,
- unausgeschöpftes Potenzial und ungedeckter Bedarf für freie und unentgeltliche Betätigung zum Wohle der Mitmenschen.

In der Richtung ist das Grundeinkommen allerdings ein ambivalentes Projekt, weil es

- sowohl regressive Neigungen aktivieren als auch progressiv wirkend persönliche Entfaltung fördern kann,
- zwar Abbau bürokratischer Strukturen verspricht, jedoch auch die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen erhöht,
- zwar als verlockende Vision für die ganze Menschheit erscheint und doch im Blick auf das Wohlstandsgefälle auf der Erde wie eine zynische Luxusausstattung der Privilegierten wirken und Abschottungsmechanismen gegenüber armen Völkern verstärken könnte,

- zwar Freiräume für soziales Miteinander eröffnet und doch auch ablenken könnte von den Fehlern unseres Wirtschaftssystems, insbesondere des Geldwesens, die zerstörerisches Wachstum verursachen und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen vernichten.

Das bedingungslose Grundeinkommen kann deshalb nur ein Baustein im Rahmen einer umfassenden Reformkonzeption sein. Wie es auch immer finanziert würde, bedeutet es einen Totalumbau sowohl der staatlichen Steuern als auch der sozialen Sicherungssysteme, der allenfalls schrittweise realisierbar wäre und nur dann den Menschen zuträglich ist und für neue Erkenntnisse offen bleibt. Vernünftiger Weise sollte man zunächst die gemeinschaftliche Finanzierung der gesellschaftlichen Kernaufgaben sicherstellen, insbesondere Kindererziehung, Bildung und Ausbildung, Alten- und Krankenpflege sowie Betreuung von Behinderten.

Erziehung, Bildung und Ausbildung brauchen ein neues Leitbild. Statt junge Menschen für vorgegebene Arbeitsplätze zuzurichten, gilt es, ihre so ganz unterschiedlichen individuellen Fähigkeitenpotenziale zu entfalten und statt „Arbeitnehmer“ „Lebensunternehmer“ zu erziehen. Den zivilgesellschaftlich, sozial, kulturell und ökologisch geprägten so genannten Dritten Sektor der Wirtschaft, der weder kommerziell noch staatlich organisiert ist („Gemeinwohlökonomie“), gilt es zu entwickeln und durch öffentliche Förderung auszubauen.

Da Geldzuwendungen noch keine soziale Wärme garantieren, braucht es soziale Netze, die erst Lebensqualität gewährleisten und die Menschen auffangen, wenn das staatliche Umverteilungssystem einmal kollabieren sollte. Subsistenzwirtschaft, dezentrale Strukturen und Re-Regionalisierung sind deshalb zu stärkende Tendenzen. Vordringlich bleiben grundlegende Veränderungen des Geldwesens und der Bodenordnung, ein ökologischer Umbau des Steuersystems und der Eigentumsordnung einschließlich des Patentrechts.

In solcher Weise in einen größeren Zusammenhang gestellt kann die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens eine Richtung markieren, in der sich die Sozialordnung schrittweise entwickeln könnte.

Maschinenarbeit statt Menschenarbeit – ein Jahrtausendtraum

Günther Moewes

Die Befreiung von menschlicher Arbeit durch Maschinen war ein Jahrtausendtraum. Milliarden von Sklaven haben im Laufe der Geschichte schwitzend und blutend von dem Tag geträumt, an dem Menschenarbeit durch Maschinenarbeit abgelöst werden würde. Fremdbestimmte Arbeit ist von allen vorindustriellen Gesellschaften stets als Qual empfunden worden, als Vertreibung aus dem Paradies, als Strafe für den Sündenfall. In der antiken Sklavengesellschaft wurde Arbeit von „Freien“ an Sklaven delegiert. Der „Freie“ war vor allem frei von Arbeit. Die Befreiung von Arbeit war über Jahrtausende hinweg vornehmstes Menschheitsziel.

Dieses Verständnis von Arbeit drückte sich auch in der Sprache aus. Das althochdeutsche „arabeid“ kommt vom indogermanischen „orbho“: „verwaist sein, ein zu schwerer körperlicher Arbeit verdingtes Kind sein“. Das germanische „arbe“ bedeutet „Knecht“. Das griechische „ponos“, das französische „peine“ und auch „travail“ kommen vom lateinischen „tripilore“ (pfählen, quälen) und von „tripalium“ (Beschlagpferch), wo eine der damals härtesten Arbeiten verrichtet werden musste. Das russische „robota“ schließlich kommt von „rab“ (Sklave). Selbstbestimmte Entfaltungstätigkeiten hießen dagegen „werk“, „opus“ oder „oeuvre“. Sie wurden bis ins Mittelalter hinein nicht als Arbeit empfunden und bezeichnet, sondern erst sehr viel später auch unter diesem Begriff untergebracht. Diese Linie des Arbeitsverständnisses nenne ich die „ehrliche Linie“.

Schon sehr früh in der Geschichte wurde diese „ehrliche Linie“ jedoch verlassen. Schon auf sehr frühen Kulturstufen wurde Arbeit nicht mehr ausschließlich zur Sicherung des Überlebens benötigt. Es entstand überschüssiges Arbeitspotential. Dies wurde zum einen in selbstbestimmte Entfaltungstätigkeiten eingebracht, wie z. B. Kunsthandwerk. Zum anderen wurde aber auch

bereits sehr früh von den jeweils Herrschenden erkannt, dass sich dieses überschüssige Arbeitspotential hervorragend zur Konstitution und Festigung von Macht eignete, und zwar auf zweierlei Weise:

1. Als Ablenkung, Beschäftigung und Disziplinierung, um Aufsässigkeit vorzubeugen und
2. zur unmittelbaren Verherrlichung der Herrschenden, z.B. durch Prachtbauten.

Bei dieser Konstitution von Herrschaft spielte die Bauarbeit stets eine bedeutende Rolle:

– Der britische Physiker Mendelsohn hat 1987 nachgewiesen, dass sich die Bauzeiten der Pyramiden stets so überschneiden, dass sie die durchgehende Vollbeschäftigung eines gleichbleibenden Arbeitsheres garantierten. Sie waren frühe Formen staatsbildender Arbeitsbeschaffung.

– In Indien wurden die gewaltigen Prachtpaläste der Maharadschas noch im 20. Jahrhundert stets während der großen Hungersnöte gebaut und als „Dürrehilfen“ („drought reliefs“) deklariert. Die Erklärungsmuster waren stets die gleichen: „Ihr müsst Paläste bauen, damit Ihr nicht verhungert.“ Dass die Nahrungsmittel nicht erst durch den Palastbau entstanden, sondern auch ohne ihn da gewesen sein mussten, ging den indischen Arbeiter-Sklaven nicht auf. Zum Nachdenken hatten sie keine Zeit.

Gleichzeitig spiegeln aber besonders die vorindustriellen, abendländischen Architekturen bereits sehr früh auch den Jahrtausendtraum von der Maschinenarbeit. Warum waren die Tausende von Fialen an gotischen Domen, die Hunderte von Balkenköpfen, Kapitelen, Ballustern und Strebebefeilern stets völlig gleich? Diese völlige Gleichheit war ja mit handwerklichen Mitteln nur sehr schwer und aufwändig herzustellen. Mag sein, dass sie aus der Ästhetik früher textiler Produktionsvorgänge übernommen wurde, also Handarbeit im doppelten Wortsinn war. Denkbar

ist aber auch, dass hier die Baumeister mehr oder weniger unbewusst den Augenblick vorweggenommen haben, in dem die Maschinen die Musik ihrer Architekturen produzieren würden, die Sinfonien des Seriellen. Als dann dieser historische Moment tatsächlich eintrat, schien dieser Traum für einen kurzen Moment in Erfüllung zu gehen: in den Konstruktionen Paxtons (Kristallpalast) und Eiffels (Eiffelturm) oder in den Kompositionen Honeggers. Erst danach verwandelte sich dieser Traum unter dem Druck der Kapitalkonzentration in den Albtraum der Plattenbauten, des stumpfsinnigen Aufzählungsstädtebaus und der Typenmonotonie. Aus dem gleichen Grund übrigens, aus dem sich der Traum von der Befreiung von Arbeit durch die Maschine in den Albtraum „Arbeitslosigkeit“ verwandelte.

Die Abschöpfung der Menschenarbeit

In dem Augenblick, in dem der Mensch das Stadium des Jägers und Sammlers verließ, sesshaft wurde und begann, Ackerbau und Viehzucht zu betreiben, entstand die sog. „Arbeitsteiligkeit“. Diese Arbeitsteiligkeit ist unverzichtbare Grundlage aller Hochkulturen. Sie erlaubte einerseits, die Arbeit immer weiter nach besonderen Spezialfähigkeiten aufzuteilen. Andererseits erlaubte sie aber auch die Aufteilung in angenehme und unangenehme Arbeit, in selbstbestimmte Entfaltungstätigkeit und aufgezwungene Qualarbeit. Sowohl die antike Sklavengesellschaft als auch die mittelalterliche Feudalgesellschaft waren undenkbar ohne diese aufgezwungene Teilung der Arbeit. Die Qualarbeit wurde aber nicht nur erzwungen, damit ihr die Eliten selber ausweichen konnten. Sie wurde vor allem erzwungen, um sie dem Eigeninteresse der Eliten zu unterwerfen. Sie wurde benutzt, um ausgerechnet den Reichtum derer zu mehren, die sich dieser Qualarbeit selber trickreich entzogen hatten. Diese leistungslose Reichtumsvermehrung war der Vorläufer der heutigen „leistungslosen Geldvermehrung“. Sie war leistungslose Abschöpfung von der eigentlichen Wertschöpfung.

Es gab Zeiten, in denen die Herrschenden – anders als heute – in ihren jeweiligen Kriegen auch ihr eigenes Leben riskierten. Zeiten, in

denen sie sich auch auf dem Gebiet der Qualarbeit einer solchen Solidarität und Vorbildfunktion befleißigten, gab es nie. Ihre Beteiligung an Qualarbeit beschränkte sich meist auf sehr kurze symbolische Handlungen wie Grundsteinlegungen, Fasanstiche, erste Spatenstiche, ein paar Schaufeln bei einer Baumpflanzung oder dem Schleifenzupfen bei Kranzniederlegungen – alles im Grunde Akte demonstrativer Unsolidarität zwecks Prominenzerzeugung. Diese Verweigerung resultierte nicht nur aus Faulheit, sondern sie erfolgte vor allem, weil sich dadurch Zugehörigkeit zur Elite nicht nur vortäuschen, sondern regelrecht erzeugen ließ.

Auch bei diesem Abschöpfungsvorgang spielte – wie bereits angedeutet – das Bauwesen wieder eine besondere Rolle. Die Paläste, Burgen und Schlösser gingen ja nicht etwa in den Besitz derjenigen über, die sie erbaut hatten, sondern ausgerechnet in den Besitz derjenigen, die sich an dieser Arbeit nicht beteiligt hatten. Eine Bezahlung der Qualarbeit fand entweder gar nicht statt, wie in den Sklaven- und Leibeigenengesellschaften, oder nur sehr unzulänglich, wie in den späteren Ständegesellschaften. Auch das war Abschöpfung von Arbeit.

Die Instrumente dieser Abschöpfung wurden immer weiter verfeinert. Die verschiedenen gesellschaftlichen Rollenzuweisungen von Arbeit oder Nicht-Arbeit wurden immer mehr uniformiert. Bauern z. B. durften keine farbige Kleidung tragen, sondern nur ungefärbte, braune oder graue. Auf der anderen Seite wurden die Ausweise der Nichtarbeit immer mehr kultiviert, von feiner, zur Arbeit ungeeigneter Kleidung wie Krinolinen und Schleppen, über Perücken, Spitzhüte, künstliche überlange Fingernägel bis hin zum heutigen „white collar“. Die Nicht-Arbeit wurde regelrecht zur Schau getragen.

All das zeigt, dass die heute besonders von privilegierten Nicht-Arbeitenden aufgestellte Behauptung, jeder Mensch arbeite gerne, zumindest nicht für fremdbestimmte Qualarbeit gilt. In dem Maße wie die Instrumente der Abschöpfung entwickelt und verfeinert wurden, begann man sie aber auch zu durchschauen. Es entstand ein zunehmender Legitimationszwang. Der Müßiggang der Eliten und der Arbeitszwang für die

breiten Bevölkerungsmassen ließen sich nur noch mit allerlei Tricks durchhalten. Die Herrschenden erklärten sich entweder selbst zu Göttern wie im alten Ägypten oder später zu Produkten des „Gottesgnadentums“.

Schon früh begann man auch die Nichtarbeit der Eliten mit der Arbeitsteiligkeit zu begründen: Ein mittelalterlicher Holzschnitt aus dem Jahre 1492 zeigt z. B. folgende Szenerie: oben Christus, etwas darunter links der Klerus, rechts Könige und Fürsten und schließlich ganz unten auf dem Bild die Bauern. Die Arbeitsteiligkeit wird durch zwei Worte über der jeweiligen Gruppe definiert: „Du bete“ über dem Klerus, „Du schütze“ über dem Feudaladel und „Du arbeite“ über den Bauern. Das ewig-alte Prinzip, das auch noch heute gilt: Schöpfer, Abschöpfer, Wertschöpfer. Der Holzschnitt war keineswegs als zynische Karikatur gedacht, sondern als ernst gemeintes Lehrmittel. Der breiten Bevölkerung wurde so die gottgewollte Ordnung nahe gebracht. Heute übernehmen die Medien genau die gleiche Lehrfunktion.

Im ausgehenden Mittelalter versuchten die jeweiligen Eliten, auch ihre eigenen Edeltätigkeiten unter dem Begriff „Arbeit“ unterzubringen, um so zu verschleiern, das sie sich selbst der Qualarbeit entzogen hatten. Bereits im Mittelalter versuchte man, Ritterspiele und Jagd als Arbeit auszugeben. Im 19. Jahrhundert schließlich wurde der Adel durch seinen Niedergang gezwungen, seine ehemals höfischen Edeltätigkeiten als Arbeit zu deklarieren, um so einen Lohnanspruch zu rechtfertigen. Aus den bisherigen sog. „Kavalieren“ wurden Militäringenieure und später Architekten. Spätestens jetzt war die „ehrliche Linie“ vollends verlassen worden. In die damalige Zeit fällt der Anfang jener Sprachregelung, die sich heute vollkommen durchgesetzt hat, nämlich sowohl fremdbestimmte Qualarbeit als auch selbstbestimmte Entfaltungstätigkeit irreführend unter dem gleichen Begriff „Arbeit“ zu subsumieren. Aus der ständigen Vermischung dieser beiden sehr gegensätzlichen Sachverhalte unter dem gleichen Begriff resultiert vielfältige Verwirrung. Nicht nur in Fernsehdiskussionen, sondern auch in der Wissenschaft.

Nun ist ja ein Bedeutungswandel von Begriffen nichts Ungewöhnliches. Die Frage ist aber immer, ob es sich um eine Anpassung der Sprache an reale Veränderungen handelt oder ob umgekehrt versucht wird, durch gezielte Umdeutung von Begriffen Veränderungen erst herbeizuführen. In der gegenwärtigen Politik erleben wir allzu häufig das Letztere.

So sehr früher der Adel und heute Herr Ackermann für ihre Edeltätigkeiten den Begriff „Arbeit“ beanspruchen – einen anderen Begriff beanspruchen sie wohlweislich nicht: den des „Arbeiter“. Der Begriff „Arbeiter“ ist bis heute den fremdbestimmten Qualtätigkeiten vorbehalten. Er bietet keinerlei Sozialprestige. Das gilt sogar für die englischen und französischen Worte „worker“, „labourer“ und „ouvrier“, die man nicht aus dem negativ besetzten Begriff „Arbeit“ abgeleitet hat, sondern aus den vornehmeren Begriffen „werk“ und „oeuvre“. Auch für diese Begriffe gilt jedoch: Niemand, der für seine Tätigkeit den Begriff „werk“ oder „oeuvre“ in Anspruch nimmt, würde sich „worker“ oder „ouvrier“ nennen. Die Absicht des Schönredens wird auch hier deutlich. Aber selbst dieses Schönreden, diese Irreführung reichten nicht mehr aus, als mit Beginn der Industrialisierung der Qualcharakter der Arbeit eine bisher nicht gekannte Dimension erreichte. Nun mussten ganz andere Geschütze aufgeföhren werden, um die Arbeitenden bei der Stange zu halten.

Die Verherrlichung der Menschenarbeit

Mit Beginn der Industrialisierung begann ein irrationaler, ideologischer Kreuzzug zur Mystifizierung, ja Fetischisierung der Qualarbeit, begann der Mythos der „Arbeitsgesellschaft“: „Recht auf Arbeit“, „Tag der Arbeit“, „Partei der Arbeit“, „Arbeiterkultur“, „Arbeiterdichtung“ – die gegensätzlichsten Kräfte der Gesellschaft wirkten aus den gegensätzlichsten Motiven bei dieser Verherrlichung zusammen. Ursprünge dieser Mystifizierung lassen sich weit in die Geschichte zurückverfolgen. Im wesentlichen aber entstand sie vor etwa 400 Jahren: Es war die Vorstellung, dass Arbeit nicht mehr Strafe für

den Sündenfall, sondern dass im Gegenteil die Nicht-Arbeit Sünde sei. Sie entsprang vor allem den Vorstellungen des Protestantismus, insbesondere des Pietismus, wie es bei Max Weber nachzulesen ist. Die Philosophie erklärte den aufrechten Gang und den Gebrauch von Werkzeug zum Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Tier. Das Jahrtausende alte Arbeitsverständnis wurde völlig auf den Kopf gestellt und nach und nach auch das Verständnis von Industrialisierung. Es wurde nach und nach auch von nicht-protestantischen Bevölkerungen übernommen, bis hin zu den heutigen asiatischen Tigerstaaten, entsprang aber dort nicht der Religion.

Diese Ideologie kam im Grunde allen gelegen außer den Arbeitern. Die Unternehmer konnten so das Industrialisierungstempo steigern und von ihrem Alleinanspruch auf die Maschinisierungsgewinne ablenken. Die Funktionäre der Arbeiterbewegung konnten die neue Schicht mit dem politisch dringend erforderlichen Selbstwertgefühl versehen. Den Politikern eröffnete das neue Feld der sog. „Arbeitsbeschaffung“ die Möglichkeit, sich als Wohltäter darzustellen. Und die Wissenschaft überschlug sich dabei, die entsetzlichen Folgen der Nicht-Arbeit zu beschreiben. ‚Linke‘ Soziologen wie Maria Jahoda beschrieben eindrucksvoll die psychologischen Deformationen infolge Arbeitslosigkeit und trafen sich dabei in ihren Aussagen mit konservativen Arbeitsmedizinern und Tüchtigkeitsideologen. Falsch war nur die Ursachendeutung; die Deformation resultierte keineswegs unmittelbar aus der Nicht-Arbeit, sondern vielmehr aus deren Nicht-Bezahlung und Diskriminierung. Man hatte geflissentlich übersehen, dass weder die historischen Eliten von der Nicht-Arbeit deformiert worden waren noch die raffinierteren Zeitgenossen, die genüsslich von Transfereinkommen, Vermögen, Mieten und Zinsen lebten und deren Zahl sich heute inzwischen auf über die Hälfte der Bevölkerung beläuft.

Im Gegensatz zur Sklavengesellschaft kann sich die bürgerliche Gesellschaft auf die Zustimmung der Unterdrückten stützen, „weil die Lohnarbeiter durch ihre zur Perversion entartete Liebe zur Arbeit einen selbstverschuldeten

Anteil an dieser Misere haben“. Bereits Lafargue, der Schwiegersohn von Marx, hat diese Selbstunterdrückung vor etwa hundert Jahren beschrieben: „Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse ... die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommen gehende Arbeitssucht“. Die ganze sog. ‚Arbeiterrevolution‘ ist daran zugrunde gegangen, dass sie das zu verherrlichen suchte, was sie eigentlich hätte abschaffen sollen.“ Keinem einzigen Arbeiter wurde je ein Gefallen getan, wenn er weiter körperliche Qualarbeit verrichten musste. ‚Arbeiterbewegung‘? Wie viele Arbeiterführer gab es denn, die jemals Arbeiter gewesen waren? Waren es nicht vielmehr stets bürgerliche Caf hausliteraten, Feuilletonisten, Theologen, Fabrikanten und Wissenschaftler, die eben jene körperliche Qualarbeit verherrlichten, der sie sich selber entzogen hatten? Im besten Fall waren es solche Arbeiter, denen nur eine Funktionskarriere diese Möglichkeit erst eröffnete. Sobald jemand Aufseher, Steiger oder Polier geworden ist, fasst er doch keine Hacke oder Schaufel mehr an. Und je höher er aufsteigt, desto lauter stimmt er ein in den Chor derjenigen, die den unten Verbliebenen die Segnungen körperliche Qualarbeit zu verdeutlichen suchen. Und diese singen dann gerne aufgrund des dort naturgemäß großen Bedarfs an Selbstwertgefühl die schönen Lieder vom Glück des Bergmanns, des Bauern und des wackeren Handwerksmannes. Verherrlichung von Qualarbeit war stets Arbeiterbetrug. Die nicht arbeitenden Privilegierten hatten immer mehr zu essen als die Arbeitenden.

Die Entwertung der Menschenarbeit

In einem abstrusen Gegensatz zu dieser Verherrlichung von Arbeit steht ihre fortwährende tatsächliche Entwertung. Diese Entwertung erfolgt vor allem über vier Linien:

1. Immer gr o ere leistungslose Anhäufungen (Akkumulationen) privaten Kapitals durch immer neue Konstruktionen der leistungslosen Geldvermehrung (Zinseszins, Hedge-Fonds, Private Equity, „Heuschrecken“, „REITS“, Eigenkapitalr uber usw.).

2. Lohndumping infolge „Globalisierung“, so wie die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse.
3. Zusätzliche Maßnahmen der Unternehmen zur „Senkung der Arbeitskosten: Auslagerung (Telekom), Privatisierung (Müllabfuhr), „Out-sourcen“ und „Zurück-Leasen“ von Zeitarbeit.
4. Gezielt erzeugte Bildungs- und Ausbildungsdefizite.

Zu 1: Die immer neuen Konstruktionen der leistungslosen Geldvermehrung resultieren natürlich aus den immer größeren, immer überproportionaler wachsenden Ansammlungen privaten Kapitals. Die jährliche Zunahme der privaten Geldvermögen beträgt in Deutschland 7,5 Prozent. Ihre Höhe betrug Ende 2004 fünf Billionen Euro, inzwischen liegt sie laut „Spiegel“ bei 7,5 Billionen Euro.

Da der Staat keine Geldvermögen besitzt und im Bereich der Unternehmen Vermögen und Schulden etwa ausgeglichen sind, stammt alles verliehene Geld praktisch aus dem Bereich des privaten Kapitals. Dieses private Kapital muss laufend mit Zinsen und Renditen bedient werden. Diese Zinsen und Renditen werden nicht nur von verschuldeten Personen und Institutionen bezahlt, sondern über die Preise praktisch von der gesamten Bevölkerung. Das Kapital entfaltet also eine ständige Absaugwirkung gegenüber der realen Wertschöpfung. Da Wertschöpfung nur durch Arbeit entstehen kann, sei es von Menschen oder von Maschinen, vermehrt sich das private Kapital ständig leistungslos, quasi vollautomatisch, auf Kosten der Arbeits-einkommen.

Zu 2: Das Lohndumping infolge der Globalisierung resultiert aus der Mobilität des Kapitals. Die Konzerne handeln global, während Politik und Gewerkschaften noch nicht global aufgestellt sind. Die Gewerkschaften können auch immer nur so stark sein wie das Bewusstsein und die Solidarität der breiten Bevölkerung. Und damit sieht es derzeit schlecht aus. Die derzeitige Strategie, Menschenarbeit weiter zu verherrlichen, die Wiederbeschaffung der von Maschinen übernommenen Arbeit zu fordern und Entlassungen zu verteufeln, führt jedoch in eine Sackgasse. Sie dient letztendlich den Interessen der Kapitalseite, die schon um der Abschöp-

fungsmöglichkeiten willen an einer Aufrechterhaltung überflüssiger Menschenarbeit interessiert sein muss. Der Kampf um Lohnerhöhungsprozente wird überdies immer weniger effektiv, weil durch die dadurch erzeugten Preiserhöhungen ein großer Teil über kurz oder lang wieder einkassiert wird.

Zu 3: Die leistungslose Akkumulation privaten Kapitals wird durch zusätzliche Maßnahmen der Unternehmen nach Kräften verstärkt. Durch Auslagerung, Privatisierung und Inanspruchnahme von Zeitarbeitsfirmen wird Arbeit immer weiter prekarisiert und entwertet. Zwischen Vollbeschäftigten und Arbeitslosen wird noch eine dritte Kategorie von Beschäftigten zweiter Klasse aufgebaut.

Zu 4: Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage müsste Qualarbeit eigentlich besser bezahlt werden, weil sie niemand gerne macht. Um das zu verhindern, wird die Arbeitszeit nicht dem abnehmenden Arbeitsvolumen angepasst, sondern sogar noch verlängert (Rente mit 67). Auf diese Weise wird die „Reservearmee der Arbeitslosen“ vergrößert und dazu gezwungen, auch noch die schlechtesten Jobs anzunehmen. Es heißt dann aber nicht: durch Arbeitszeitverlängerung erhöhen wir die Arbeitslosigkeit und drücken die Löhne. Der zynische Umkehrschluss lautet vielmehr: Nur durch Drücken der Löhne schaffen wir mehr Arbeit.

Inzwischen werden gut ausgebildete Facharbeiter, die die immer teureren Maschinen bedienen können, händeringend gesucht (z. B. Mäh-drescherfahrer in der Landwirtschaft, Präzisions-schweißer usw.). Davon gibt es zu wenige, nicht zuletzt, weil die Unternehmen zu wenige ausgebildet haben. Aus dem gleichen Grund gibt es ungelernete Kräfte im Überfluss, so dass Hungerlöhne von 3,65 oder 4,40 Euro gezahlt werden können. Es entsteht überdies ein starkes regionales Gefälle, was unter anderem ebenfalls aus der lokal unterschiedlichen Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen resultiert. Damit wird genau der Zustand künstlich erreicht, den die Kapitalseite immer als ‚naturegeben‘ beschreibt: Führt man einen gesetzlichen Mindestlohn ein, werden besonders in den regional niedrigen Lohngebieten Arbeitsplätze vernichtet, einfach

weil man dort weniger Garderobenfrauen, Türsteher, Toilettenfrauen, Wachleute und Reinigungskräfte einstellt. Der Druck ist immer der gleiche, wie bei der sog. ‚Globalisierung‘: künstlich werden Zustände herbeigeführt, die dann als ‚naturgegebener Sachzwang‘ deklariert und zum eigenen Vorteil ausgenutzt werden. Die selbst verursachte mangelnde Ausbildung wird dann als naturgegebenes Fähigkeitsdefizit beschrieben. Und wenn Menschen sich dann ‚marktgerecht‘ verhalten und ihre trotzdem vorhandenen Fähigkeiten anderweitig zu besseren Konditionen einsetzen, wirft man ihnen „Schwarzarbeit“ vor und reagiert mit äußerst marktfremden Zwangsmaßnahmen.

Ein allgemeines Grundeinkommen könnte die meisten dieser Probleme schlagartig beseitigen, weil es zum ersten Mal in der Geschichte einen wirklichen Arbeitsmarkt herstellt, auf dem die Anbieter von Arbeitskraft auf gleicher Augenhöhe mit dem Kapital agieren, weil sie aufgrund ihrer gesicherten Existenz Stellenangebote auch einmal ausschlagen können.

Qualarbeit oder Entfaltungstätigkeit?

Diskussionen in den Medien zum Thema „Arbeit“ oder „Grundeinkommen“ enden oft in totaler Verwirrung, weil mit verschiedenen, oft gegensätzlichen Arbeitsbegriffen operiert wird. Das resultiert aus der bereits beschriebenen modernen Gepflogenheit, alle Tätigkeiten von Menschen oder Maschinen unter dem gleichen Begriff Arbeit zu subsumieren, und dann zu behaupten, „jeder Mensch arbeitet gerne“.

Der Begriff „Qualarbeit“ stößt überdies auf Unverständnis, weil ein immer größerer Teil der bürgerlichen Bevölkerung noch nie in ihrem Leben Qualarbeit verrichten musste. Die zahlreichen staatlichen Programme zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ zeigen aber, dass es offenbar noch immer inhumane Qualarbeit geben muss. Lebenserwartungsstatistiken zeigen die ebenfalls.

Der Gegensatz zwischen „fremdbestimmter Qualarbeit“ und „selbstbestimmter Entfaltungstätigkeit“ ist nicht ohne weiteres identisch mit dem Gegensatz zwischen körperlicher und geis-

tiger Arbeit. Die Betonung liegt auf fremdbestimmt. Die körperliche Arbeit eines Bildhauers der Antike oder die äußerst anstrengende Arbeit Michelangelos beim Malen des Deckenfreskos der sixtinischen Kapelle waren dennoch keine Qualarbeit, weil sie der persönlichen Selbstverwirklichung dienten und Anerkennung eintrugen. Auch heute ist es ein Unterschied, ob ich die gleiche Arbeit in einem Garten oder Neubau als Hilfsarbeiter einer Bau- oder Gartenbaufirma verrichte oder nach Feierabend in Selbsthilfe am eigenen Besitz. Hier sei nur an Heinrich Bölls Erzählung vom Fischer oder an Tom Sawyers Erfahrung mit dem Zaunstreichen erinnert.

Heute sind immer mehr äußerst stumpfsinnige und gesundheitsschädliche Arbeiten am Fließband oder vor dem Bildschirm keineswegs „körperlich“. Sie sind dennoch Qualarbeiten, weil ihr Rhythmus von Maschinen fremdbestimmt wird und weil sie nicht zur Selbstverwirklichung führen, sondern zur Deformation.

Der zunehmenden Übertragung fremdbestimmter Qualarbeit an Maschinen hätte im Zuge der Industrialisierung eine notwendige Umstellung auf Emanzipation und Selbstverwirklichung der Menschen entsprechen müssen. Sie unterblieb, weil der Zeitgeist Bildung nicht in erster Linie als Emanzipationsinstrument versteht, sondern nach wie vor vor allem als Instrument zur Erfüllung von Produktions- und Dienstleistungsanforderungen. Dem entspricht auch die Koppelung der Existenzberechtigung an die immer mehr zurückgehende Erwerbsarbeit. Daraus folgt, dass Bildung erst dann zum Emanzipationsinstrument werden kann, wenn die materielle Existenzsicherung von der zurückgehenden Menschenarbeit ab- und an die ständig zunehmende Maschinenarbeit angekoppelt wird. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Heute lebt bereits über die Hälfte der Bevölkerung von Transfereinkommen. Der größte Teil davon hat dieses Los freiwillig gewählt und ist damit außerordentlich zufrieden. Viele haben vom Recht auf Frührentierung und Frühverrentung Gebrauch gemacht, obwohl dies mit finanziellen Einbußen verbunden war. Andere haben in jüngeren Jahren härter gearbeitet, um

Rücklagen zu bilden und möglichst früh „ausgesorgt“ zu haben. Und selbst von denen, denen diese „Arbeitslosigkeit“ leistungslos zugefallen ist in Form von Erbschaften, Mieten, Börsengewinnen oder ähnlichem, hört man kaum Klagen, dass sie „nicht mehr gebraucht“ oder „zum alten Eisen gehören“ würden. Kaum einer von ihnen würde sein Einkommen wohltätigen Zwecken spenden und freiwillig eine Qualarbeit aufnehmen. Die konservative Behauptung „jeder Mensch arbeitet gerne“ muss also differenziert werden: jeder Mensch ist gerne sinnvoll tätig. Niemand lässt sich aber gern eine unangenehme, stumpfsinnige Arbeit aufzwingen, deren einziger Sinn nur die eigene materielle Existenzsicherung ist.

Arbeit bedarf aber nicht nur der Differenzierung zwischen Qualarbeit und Entfaltungstätigkeit. Wir müssen auch unterscheiden lernen zwischen gesellschaftsdienlicher und gesellschaftsschädlicher und zwischen naturschonender und naturzerstörender Arbeit. Naturzerstörend ist Arbeit in dem Maße, wie sie Material und Energie umsetzt oder verbraucht. Unsinnig, überflüssig oder gar gesellschaftsschädlich ist ein immer gewaltigerer Komplex an Verschwendung, Verdummung, Verschmutzung, Vergiftung, verlogener Werbung, sinnlosen Transporten, Bürokratie, Büroflächenleerstand, Naturzerstörung und Krieg. Für ihn steht das Geld zur Verfügung, das auf der anderen Seite für dringend notwendige und sinnvolle Staatsaufgaben fehlt: für bessere Bildung, Kinderbetreuung, Altenpflege, Gesundheitsvorsorge, Lebensmittelkontrolle, Stadtbau, Natur- und Landschaftsschutz und Hilfe für die „dritte“ Welt. Durch den Erwerbszwang, durch die Koppelung schädlicher Arbeit an die materielle Existenzsicherung werden Menschen gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln und auch solche Arbeit auszuführen, deren Sinnlosigkeit und Schädlichkeit sie längst erkannt haben. Mit der für das Kapital vorteilhaften ständigen Bedrohung der Arbeit durch Arbeitslosigkeit wurde nicht nur ein wirklicher „Arbeitsmarkt“ ausgeschaltet, sondern auch die Gewissensentscheidung, die zwar bei der Wehrpflicht selbstverständlich ist, nicht aber bei der Arbeitspflicht. Auch eine solche Gewissensentscheidung würde durch die Einführung ei-

nes bedingungslosen Grundeinkommens ermöglicht.

Wer Qualarbeit, gesellschafts- oder gewissenschädigende Arbeit verrichtet, tut dies nur, weil er

– keine anderen Einkommensmöglichkeiten oder
– aufgrund seiner Bildungsbiographie ein Emanzipationsdefizit hat.

Konservative, die behaupten, Menschen verrichteten solche Arbeiten „gerne“, gehen bereits von einem durch Arbeit deformierten Menschen aus.

Wirtschaftswachstum und Menschenarbeit

In der TV-Sendung „Hart aber fair“ wurde vor einiger Zeit eine Synopse gezeigt, in der alle Kanzler seit Ludwig Erhard mit exakt den gleichen Worten behaupteten: „Die Wende auf dem Arbeitsmarkt steht unmittelbar bevor.“ Die Wende ist aber noch nie gekommen. Es gab stets nur vorübergehende Rückgänge der Arbeitslosigkeit, die anschließend sehr schnell wieder überholt wurden. Diese vorübergehenden Rückgänge wurden stets auf einen Anstieg des Wirtschaftswachstums zurückgeführt, jeder Anstieg der Arbeitslosigkeit dagegen auf ein zu geringes Wachstum.

Natürlich geht die Arbeitslosigkeit zuerst einmal zurück, wenn das BIP ansteigt. Ein höheres Sozialprodukt kann immer nur mit mehr Arbeit erzeugt werden, niemals mit weniger. Die Frage ist nur, ob es mit Menschenarbeit erzeugt wird oder mit Maschinenarbeit.

Die Erfahrung zeigt, dass ein plötzlicher Anstieg der Produktion immer zuerst mit einem höheren Einsatz von Menschenarbeit bewältigt werden muss. Der Einsatz von mehr Maschinenarbeit bedarf einer längeren Vorbereitungszeit. Maschinen müssen neu gebaut, meist – wenn man schon neu baut – auch völlig neu geplant und konzipiert werden. In dieser Vorlaufzeit kann man nur die Laufzeiten der vorhandenen Maschinen erhöhen. Das bedeutet vorübergehend: mehr Menschenarbeit, Überstunden, Nachtschichten, Neueinstellungen, höhere Personalkosten.

Wegen dieses vorübergehend höheren Einsatzes von Menschenarbeit sinkt auch vorübergehend die Arbeitslosigkeit. Weil aber dieser höhere Einsatz auch mit überproportionalen Zulagen und Personalkosten verbunden ist, wird jedes Unternehmen versuchen, diesen Zustand durch Anschaffung neuer Maschinen so schnell wie möglich zu überwinden. Sobald die neuen Maschinen und Verfahren eingesetzt werden, entsteht ein Rationalisierungsschub. Solche Rationalisierungsschübe sind immer mit Entlassungen verbunden. Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, und zwar stärker, als sie vorher gesunken war. Fazit: Ein beschleunigter Anstieg des Sozialprodukts senkt die Arbeitslosigkeit, jedoch immer nur vorübergehend. Danach steigt sie umso stärker wieder an.

Diese Tatsache wird auch durch eine andere Überlegung belegt: Die Statistik zeigt, dass das Wirtschaftswachstum seit 1950 entgegen allen Behauptungen keineswegs exponentiell gestiegen ist, sondern immer nur streng linear. Es wurde nur unsinnigerweise exponentiell gemessen.

Wird bei einem langfristig linear ansteigenden Vorgang immer nur der relative Bezug zum Vorjahr exponentiell gemessen, kommen immer nur kurzfristige und vorübergehende Zusammenhänge zum Vorschein. Gemessen wird dabei nicht die langfristige und objektive Zunahme des Sozialprodukts, sondern nur die jährliche Zu- oder Abnahme ihrer Beschleunigung. Wird bei einem linearen Vorgang immer nur der Anstieg gegenüber dem Vorjahr exponentiell gemessen, muss die Prozentrate naturgemäß ständig sinken. Genau das ist beabsichtigt. Es soll das dauernde Krisengejammer rechtfertigen.

Ebenfalls im langfristigen Mittel ständig linear gestiegen ist die Arbeitslosigkeit. Wachstum und Arbeitslosigkeit sind also ständig linear und parallel gestiegen. Zwei Vorgänge, die parallel verlaufen, können sich aber nun einmal nicht gegenseitig kompensieren. Die Arbeitslosigkeit kann langfristig nicht zurückgehen, wenn das Wachstum steigt. Im Gegenteil: jedes Wachstum führt langfristig zu einer Steigerung der Produktivität und des Maschinisierungsgrades und damit zu einer weiteren Befreiung von Menschenarbeit. Das ständige Negativszenario

ist künstlich erzeugt, einfach weil Einkommen und Sozialsysteme weiter an die abnehmende Menschenarbeit gekoppelt sind und nicht an die ständig steigende Maschinenarbeit.

Arbeitslosigkeit lässt sich im Bereich der Produktion durch Wachstum immer nur für kurze Zeit überwinden, niemals langfristig. Etwas anders sieht es im Dienstleistungsbereich aus, vor allem in jenen Bereichen, die sich nicht ohne weiteres automatisieren lassen, also Bildung, Kinder- und Altenbetreuung, Lebensmittelkontrolle. Hier gibt es erhebliche Potentiale, die nicht ausgeschöpft werden, weil die öffentlichen Kassen leer sind. Sie werden auch durch Privatisierung ohne Qualitätsverlust nicht billiger. Im Gegenteil: dieses Arbeitspotential kann nur dann ausgeschöpft werden, wenn die Finanzverteilung zwischen Privat und Staat zugunsten des Staates verändert wird. Die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich ist bereits eine Folge der überzogenen Privatisierung.

Leistungslose Geldvermehrung und Menschenarbeit

Motor unseres heutigen Wirtschaftssystems und damit auch der Arbeitslosigkeit sind die immer neuen Konstruktionen der leistungslosen Geldvermehrung. Dazu gehören neben dem Zinsezins und der Börse vor allem die sogenannten „neuen Finanzprodukte“ wie „Hedge-Fonds“, „Private Equity“, „REITS“ und andere. Sie alle betreiben leistungslose Abschöpfung von der realen Wertschöpfung. Letztere kann immer nur durch Arbeit erbracht werden, sei es von Menschen oder von Maschinen. Die sog. „Heuschrecken“ oder Eigenkapitalräuber leisten aber keine eigene Arbeit, ebenso wenig wie der Zinsezins. Die Behauptung, dass diese Konstruktionen um der Liquidität willen notwendig sind, um Investitionskapital zu sammeln und bereitzustellen, widerlegt ja nicht die Tatsache, dass sie damit ständig eine laut- und leistungslose Umverteilung von unten nach oben erzeugen.

Wie schrieb der „Stern“ so schön in seiner „Geschichte des Kapitalismus“ über die leistungslose Geldvermehrung: „Darin ist Geld nur

noch dazu da, um mehr Geld zu schaffen, ohne den Umweg über Fabriken, Waren, Arbeitsplätze. 90 Prozent der weltweiten Geldströme, schätzen Experten, sind reine Spekulationsgeschäfte ... Das Geld arbeitet nicht mehr für die Menschen, sondern nur noch für sich selbst.“ (Nr. 10/2006) Gleichwohl ist auch das noch nicht die ganze Wahrheit. „Geld ist nur noch da, um mehr Geld zu schaffen“ – das könnte leicht eine falsche Vorstellung von Wertschöpfung suggerieren. Geld und leistungslose Geldvermehrung schaffen keine eigenen Werte, erzeugen sich nicht selbst. Alles kann immer nur durch Arbeit von Menschen oder Maschinen erwirtschaftet werden.

Das Wesen der Industrialisierung ist die Übertragung von Menschenarbeit an Maschinen. Immer mehr Maschinen produzieren immer mehr Wohlstand trotz immer weniger Menschenarbeit. Dieses Prinzip wird von der leistungslosen Geldvermehrung auf den Kopf gestellt. Anders als die Industrialisierung ist sie umso größer, je höher der Aufwand, je größer die Verschwendung von Ressourcen ist, auch von der Ressource Menschenarbeit. Ökonomie kommt von „oikos“, von Haushalten. Die leistungslose Geldvermehrung führt dagegen in eine Ökonomie des immer höheren Aufwands, der Verschwendung, der Erhaltung und Beschaffung überflüssiger Arbeit um der bloßen Abschöpfung willen.

In dieser Aufwands-, Verschleiß- und Zerstörungsoökonomie treten noch vor Beginn der Zerstörung sog. „Wiederaufbaukommissionen“ zusammen, um den anschließenden Wiederaufbau untereinander aufzuteilen. So geschehen beim Jugoslawien-, beim Irak- und beim Afghanistankrieg. Jede Verschwendung, jede Zerstörung „schafft Arbeitsplätze“. Und eben leistungslose Geldvermehrung.

Nachdem die Bevölkerung jahrtausendlang von der Befreiung von Arbeit durch die Maschine geträumt hatte, muss sie nun plötzlich deren Erhalt fordern, muss die Welt weiter in Müll verwandeln, um nicht ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Die Maschinen befreien nicht die, denen sie die Arbeit wegnehmen, sondern ausgerechnet die nicht-arbeitenden Geldanleger, Zinsbezieher, Investoren und „Heuschrecken“.

Niemand erkennt, dass sozialer und ökologischer Niedergang den gleichen Motor haben, dass Mega-Reichtum, entwürdigende Armut, Arbeitslosigkeit und Zerstörung der Welt alle auf die eine gleiche Ursache zurückgehen: auf die leistungslose Geldvermehrung.

Alles in Allem beruht das bestehende System auf folgenden Prinzipien:

- Einkommen und Sozialsysteme werden nicht an die zunehmende Maschinenarbeit gekoppelt, sondern ausgerechnet an die abnehmende Menschenarbeit.

- Das von den Maschinen verdiente Geld fließt zum großen Teil über die Konstruktionen der leistungslosen Geldvermehrung einseitig der Kapitalseite zu.

- Die Industrialisierungsfolgen werden demgegenüber einseitig den Arbeitenden angelastet, indem man sie zwingt, sich dagegen gefälligst untereinander selbst zu versichern.

- Die so erzeugte Unterfinanzierung der Einkommen und Sozialsysteme wird durch industrialisierungswidrige Arbeitszeitverlängerung ausgeglichen, ebenso durch „Wiederbeschaffung“ der von Maschinen übernommenen Menschenarbeit.
- Menschliche Qualarbeit wird als begehrtestenwert dargestellt.

- Persönliche Entfaltungs-, Einfluss- und Bereicherungstätigkeiten, etwa von Managern, werden als gesellschaftsdienliche „Arbeit“ dargestellt.

- Die industrialisierungsbedingte Befreiung von Arbeit durch die Maschine wird als Fehlentwicklung, Strafe und Folge von Unternehmerrböswilligkeit dargestellt.

Diese Prinzipien gilt es zu überwinden und in ihr Gegenteil zu verkehren. Daraus entstehen die folgenden Forderungen für die Zukunft:

- die Mindestsicherung der Existenz konsequent von der Menschenarbeit abzukoppeln,

- die Kapitalseite und das von den Maschinen verdiente Geld stärker zur Finanzierung der Sozialsysteme und der Existenzsicherung der von Arbeit Befreiten heranzuziehen,

- die Industrialisierungsfolgen nicht einseitig der Arbeitsseite und den Sozialsystemen anzulasten,

- das Ziel der „Vollbeschäftigung“ aufgeben, den

Rückgang der Menschenarbeit durch Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilen, anstatt immer größere Teile der Menschenarbeit zu präzisieren und einen Teil der Bevölkerung vom Arbeitsmarkt auszuschließen,
 – den Rückgang menschlicher Qualarbeit wieder als Befreiung, als konstruktiven Vorgang zu be-

greifen und nicht mehr als Faulheit, Drückerei, Unternehmerrböslichkeit und Strafe zu diskriminieren.

Den meisten dieser Forderungen kann sehr einfach Rechnung getragen werden: durch ein bedingungsloses garantiertes Grundeinkommen für alle.



Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung

Seit rund 25 Jahren sichert die Stiftung das regelmäßige Erscheinen der „Zeitschrift für Sozialökonomie“. Inzwischen kamen weitere Aufgaben hinzu wie die Förderung von Tagungen und Veröffentlichungen aus dem Bereich der Geld- und Bodenreform sowie der Aufbau eines eigenen Archivs.

Die Stiftung konnte schon bisher diese Aufgaben nur dank einiger Vermächtnisse und Spenden erfüllen. Die finanziellen Zuflüsse der letzten Jahre reichen jedoch angesichts wachsender Aufgaben in schwieriger werdenden Zeiten nicht aus, um die Fortführung dieser Tätigkeiten auf mittlere Sicht zu gewährleisten. Es wäre fatal, wenn gerade in einer Zeit, in der die Geld- und Bodenreformbewegung erfreulicherweise wieder mehr Beachtung findet, die Stiftung ihre fördernde und manches wichtige Projekt erst ermöglichende Tätigkeit nicht wenigstens im bisherigen Umfang fortsetzen könnte. Die Stiftung ist deshalb dringend auf weitere Spenden, Zustiftungen und letztwillige Verfügungen angewiesen.

Für den steuerlichen Spendenabzug von Zuwendungen an Stiftungen gelten seit 1.1.2000 wesentlich verbesserte Vorschriften. So ist neben dem bisher zulässigen Spendenabzug zusätzlich ein Betrag von 20.000 Euro jährlich für Zuwendungen an steuerbegünstigte Stiftungen bei der Einkommensteuer abzugsfähig. Informationen zu den neuen Regelungen senden wir Ihnen auf Anfrage gern zu.

Ass. jur. Fritz Andres - 1. Vorsitzender

Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe | Tel. + Fax: 067 52 - 24 27 | www.stiftung-geld-boden.de

Bankverbindungen Konto-Nr. 1017 247 618 bei der | Konto-Nr. 102 33 00 bei der
der Stiftung: Hamburger Sparkasse – BLZ 200 505 50 | GLS-Gemeinschaftsbank Bochum BLZ 430 609 67

Bedingungsloses Grundeinkommen – Würde und Wert des Menschen

Menschenbild und Modelle*

Ronald Blaschke

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Seit der Französischen Revolution sind Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit Wertorientierungen unterschiedlichster sozialer und politischer Gruppen. Freiheit ist als eine jedem Menschen zuerkannte Gewissens- und Handlungsfreiheit zu verstehen. Darauf gründet sich die Gleichheit der Menschen. In politischem, ethischem und sozialem Sinne verbinden wir Freiheit mit Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortlichkeit. Menschliche Würde ist ohne die Freiheit jedes einzelnen Menschen undenkbar. Wessen Freiheit nicht anerkannt wird, wird entwürdigt.

Das Bedingungslose Grundeinkommen wird im Folgenden als eine formale (materielle) Voraussetzung menschlich würdevollen Lebens diskutiert. Eine weitere formale (materielle) Voraussetzung wäre der freie Zugang aller Menschen zu öffentlichen Gütern und zu Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge. (vgl. Hirsch/Steinert 2003)

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist ein vom politischen Gemeinwesen an das Individuum gezahlter, monetärer Transfer. Es wird jedem einzelnen Menschen ohne eine sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung (Einkommens- bzw. Vermögensüberprüfung) und ohne eine Arbeitsverpflichtung bzw. Gegenleistung in einer Existenz sichernden und eine politische, kulturelle und soziale Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichenden Höhe gewährt. Die Sozialdividende (echtes Grundeinkommen) wird allen in voller Höhe ausgezahlt. Eine Besteuerung anderer Einkommen des Individuums erfolgt später, nach

der Steuererklärung beim Finanzamt. Die Negative Einkommensteuer ist eine an das Individuum zu zahlende Steuer. Sie gilt als bedingungsloser Grundeinkommensanspruch aller Menschen, der durch das Finanzamt sofort mit einem Einkommen bzw. einer Steuerschuld des Individuums verrechnet wird. Das heißt, die reale Auszahlungshöhe (nicht der Anspruch!) ist einkommen- und vermögensabhängig. Die Negativsteuer ist in dieser Form ein unechtes Grundeinkommen. (vgl. Blaschke 2007 a) Grundeinkommen sind mit anderen Einkommensarten kumulierbar.

1 Die Würde und der Wert des Menschen und das Bedingungslose Grundeinkommen

Die Würde jedes Menschen kann unterschiedlich begründet werden – von Gott gegeben, jedem Menschen als Mitglied der Menschengattung angeboren usw. usf. Sie muss aber durch anwendbare und einklagbare Rechte des Menschen (Menschenrechte) abgesichert werden. Diese Menschenrechte sind unbedingte Rechte, weil die Würde des Menschen eine unbedingte ist. Das oberste Menschenrecht, das der Freiheit und Würde der Menschen verpflichtet ist, ist das Recht auf Existenz und Leben, auf politische, kulturelle und soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Dem „unbedingten Recht jedes einzelnen Menschen auf Leben (entspringt) ein bedingungsloses Recht auf Einkommen.“ (Wohlgenannt 2006, S. 31) Denn wenn das Recht auf Einkommen formale (materielle) Voraussetzung eines Lebens in Würde und Freiheit sein soll, muss es ebenso unbedingt sein. Der Humanist und Sozialist Erich Fromm (1900-1980) beschrieb dieses Recht als ein Recht auf ein Grundeinkommen: „Das garantierte Grundeinkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort 'Freiheit' eine

* Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrags gibt es auf der Internetseite www.archiv-grundeinkommen.de

Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzeltes Prinzip bestätigen, dass der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft 'von Nutzen' ist." (Fromm 1999, S.310) Fromm meinte, dass das Garantierte Grundeinkommen die Einschränkung der Handlungsfreiheit durch existenzielle Not aufhebt: „Bisher war der Mensch während seiner gesamten Geschichte durch zwei Faktoren in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt: durch die Anwendung von Gewalt von Seiten der Herrschenden (...) und – was noch wesentlicher war – dadurch, dass alle vom Hungertod bedroht waren, die nicht bereit waren, die ihnen auferlegten Bedingungen in Bezug auf ihre Arbeit und ihre soziale Existenz zu akzeptieren. (...) Das während des größten Teils der vergangenen und der gegenwärtigen Menschheitsgeschichte vorherrschende Prinzip lautet (im Kapitalismus genau wie in der Sowjetunion): 'Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.' Diese Drohung zwang den Menschen, nicht nur so zu handeln, wie von ihm verlangt wurde, sondern auch so zu denken und zu fühlen, dass er nicht einmal in Versuchung geriet, sich anders zu verhalten." (Fromm 1999, S. 309)

Auch wenn hier Handlungsfreiheit auf die besondere Tätigkeitsform Arbeit bezogen wird, wird deutlich: Der potenzielle Entzug der Existenzsicherung verunmöglicht eine freie und damit eigenverantwortungsvolle Entscheidung bezüglich meiner Handlung. Ohne eine voraussetzungslose Existenzsicherung bin ich immer gezwungen, gesellschaftlich oder von anderen Individuen gesetzte Bedingungen meiner Handlung aus existenziellen Gründen zu akzeptieren, damit also unfrei. Zu beachten wäre: Gesellschaftlich gesetzte Bedingung meint nicht naturnotwendig gesetzte Bedingung. Arbeit hat die Funktion, das (Über-)Lebensnotwendige zu erzeugen. Die Frage ist nur, wer bestimmt, was (über-)lebensnotwendig ist. An diesem Punkt

beginnt die Sphäre der demokratischen Aushandlung und der politischen, ethischen und sozialen Handlungs- und Gewissensfreiheit. Aber auch eine noch so demokratisch ausgehandelte und ausgestaltete notwendige Arbeitsproduktion rechtfertigt nicht den Entzug des zum Leben und Teilhaben Notwendigen bei einer wie auch immer begründeten Arbeitsverweigerung, Gewissens- und Handlungsfreiheit realisierend. Diese Auffassung spiegelt sich im Menschenrecht auf Arbeit, nämlich dem Recht auf eine freigeählte oder angenommene Tätigkeit zum Lebensunterhalt und im menschen- und völkerrechtlichen Verbot jeglicher Zwangsarbeit wieder. (vgl. Blaschke 2005 b und Blaschke 2007 b)

Nun ein kurzer Blick auf die von Erich Fromm behauptete religiöse (hier christliche) und humanistische Tradition des unbedingten Lebensrechts im abendländischen Westen: In einer katholischen Sozialpredigt, die sich dem Bedingungslosen Grundeinkommen widmet, wurde ausgeführt: Die personale Würde des Menschen als Ebenbild des Schöpfergottes realisiert sich in seiner Tätigkeit, „den Garten zu kultivieren und zu behüten“. Die den Menschen damit aufgegebene Verantwortung für ihre Um- und Mitwelt, für ihre Mitwirkung am Schöpfungswerk (religiöse Dimension der Arbeit) setzt allerdings die Freiheit voraus, sich für oder gegen eine Arbeit/Tätigkeit zu entscheiden. Das Bedingungslose Grundeinkommen ermöglicht das erwartete „gute“ Handeln in Freiheit und Verantwortung. Darüber hinaus wird aber von den Predigern auch noch auf das bedingungslos liebende Angenommensein des Menschen durch Gott verwiesen: „Die bedingungslose Zusage der Liebe Gottes gehört zum Kernbestand der biblischen, insbesondere jesuanischen Botschaft. Gott mutet den Menschen das Geschenk seiner Liebe zu, und zwar bedingungslos: ohne Vorleistung, ohne Gegenleistung, ohne sonstiges Verdienst. (...) Mit dem Grundeinkommen wird den Menschen seitens der Gesellschaft der Freiraum geschenkt, sich dieser bedingungslosen, positiven Vorleistung entsprechend zu verhalten und nun ihr jeweils Mögliches zu einem gelingenden gesellschaftlichen Zusammenleben beizutragen – oder eben nicht. Die Eigenverantwortung, die den

einzelnen Menschen mit der Gewährung des Grundeinkommens zugemutet wird, ist insofern ungleich größer als in allen anderen Gesellschaftsmodellen. Aber gerade diese – gewiss riskante – Zumutung findet ihr Vorbild in der Bedingungslosigkeit, in welcher der biblische Gott sich selbst dem Menschen zumutet und ausliefert.“ (Sozialreferat der Diözese Linz 2007, S. 3f.) Das Bedingungslose Grundeinkommen ist also auch die formal (materielle) Entsprechung der personalen Würde des Menschen als Ebenbild des bedingungslos liebenden Gottes.

In dem Vortrag einer protestantischen Theologin wurde die Frage der Menschenwürde zur Frage des Wertes eines Menschen: „Aus theologischer Sicht, ist der Wert von Menschen ihrem Tun vorgängig, nicht davon abhängig, schon gar nicht von ihrem bezahlten Tun. (...) Die Würde des Menschen ist eine Gabe Gottes. Deshalb ist der Wert eines Menschen unabhängig von seiner Arbeit, erst Recht von seiner Erwerbsarbeit.“ (Reichmann 2006, S. 3; vgl. Evangelische Akademie Meißen 2007) Weiter formulierte Anne Reichmann: Wenn „das Leben durch das Grundeinkommen gesichert ist, gibt es wieder eine Freiheit der Wahl für eine sinnvolle Tätigkeit.“ (ebenda, S. 9) Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Alfred Buß, äußerte sich im gleichen Sinne: „Die Idee (des Grundeinkommens, R. B.) entspricht zutiefst dem biblischen Menschenbild: Jeder hat von Gott seine unveräußerliche Würde erhalten.“ (Fischer 2007)

Wir können festhalten: Die Würde des Menschen ist unveräußerlich (von Gott gegeben oder angeboren). Sie ist unantastbar – das ist das höchste Normativ. Das heißt auch, Würde und Wert jedes Menschen ist dessen Tun vorgängig. Daraus folgt, wenn würdevolles Leben menschliches Leben und Teilhabe impliziert, dass die grundlegende Existenz- und Teilhabesicherung jedes einzelnen Menschen seinem Tun vorgängig sein muss. Das ist das erste Argument für das Bedingungslose Grundeinkommen. Zur Realisierung der Würde des Menschen gehört auch verantwortungsvolles Tun (oder Lassen) in Freiheit. Dieses ist ebenfalls nur mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen möglich. Das ist das zweite Argument für das Grundeinkommen.

Nun ein Blick auf die aufklärerisch- und humanistisch-sozialistische Denktradition des unbedingten Lebens- und Teilhaberechts: Der französische Sozialist Charles Fourier (1772-1837) beschrieb eine kommende Menschheitsepoche des „Garantismus“. Das heißt, „dass die Gesellschaft allen Menschen das Minimum, d. h. das zum Leben Notwendige garantiert.“ (Adler 1906, S. 21) Den Zusammenhang von Garantismus und Menschenwürde betonte Fouriers Schüler, der französische Sozialist Victor Considerant (1808-1893): „In der Tat besitzt der keine Menschenwürde, der ohne Freiheit und unter Bedingungen sozialer Erniedrigung lebt, auf die der abstoßende Charakter der Industrie notwendigerweise die Massen herabdrücken muss.“ (Considerant 1906, S. 97f.) Freiheit und Menschenwürde sind eine Einheit. Considerant führte weiter aus, dass die Organisation der „anziehenden“ Arbeit in der Industrie die *conditio qua non* der Menschenwürde sei. Arbeiten in der Industrie, das sind für Considerant alle produktiven, menschlichen Tätigkeiten wie Ackerbau, häusliche und Fabrikarbeit, Handel, Erziehung, Wissenschaften und die schönen Künste. (vgl. ebenda, S. 48) Diese produktiven Tätigkeiten müssen allerdings in einer Assoziation organisiert werden, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Freiheit basiert: Freiwilligkeit meint bei Considerant die Freiheit, die gesellschaftlich notwendige produktive Tätigkeit erstens nicht unter dem Zwangsdiktat der Existenzsicherung für sich und die Familie und zweitens nicht unter dem Diktat eines anderen bzw. einer anderen Klasse zu leisten. (vgl. ebenda, S. 58f., 89, 95ff.) Daher ist die Garantie eines voraussetzungslosen Existenzminimums für die anziehende, freie Arbeit eine Voraussetzung – damit auch für die Realisierung von Menschenwürde durch die Arbeit: „Die erste Bedingung für die Freiheit eines Wesens besteht darin, dass es die Bedingungen seiner Existenz selbst in der Gewalt hat! Die erste Bedingung für die Unabhängigkeit eines Wesens besteht darin, dass seine äußeren Lebensbedingungen nicht von dem Willen eines anderen abhängen, und nicht der Gewalt jedes Beliebigen ausgeliefert sind! Macht Revolutionen, Dekrete, Verfassungen, proklamiert die Republik, in welcher

Form es euch beliebt, ernennet zum Präsidenten oder Konsul, wen ihr wollt – für ernstliche, wahre Freiheit der Massen werdet ihr damit nichts, absolut nichts getan haben, so lange die Gesellschaft nicht jedem Manne, jeder Frau, jedem Kinde ein angemessenes Existenzminimum garantiert, so lange nicht jedem Menschen sichergestellt, aber sichergestellt als erstes seiner Rechte als Glied der Menschheit, sind: Kleidung, Wohnung, Nahrung und alle für den Lebensunterhalt und die soziale Unabhängigkeit notwendigen Dinge. (...) Keine politische und soziale Freiheit für die Massen ohne Minimum, und kein Minimum ohne industrielle Anziehung.“ (ebenda, S. 96f.)

Ähnlich argumentierte Christoph Spehr in seiner Preisschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Freie (ökonomische) Kooperationen setzen „vollkommen unabhängige Leistungen“ (Spehr 2003, S. 77f.) voraus. „Nur die Garantie eines unabhängigen, qualitativ ausreichenden Existenzgeldes schafft für die Individuen die Voraussetzung, sich nicht um jeden Preis verkaufen zu müssen. Es gewährleistet ihre politische Freiheit; denn politische Freiheit heißt vor allem, sich nicht in erzwungene Kooperationen irgendwelcher Art hineinbegeben zu müssen.“ (ebenda, S. 105) Die Marxsche Vision einer Gesellschaft frei Assoziierter setzt also die unbedingte Grundabgesichertheit menschlicher Existenz voraus. Nur so ist die Freiwilligkeit der Assoziation eine reale. Natürlich gehören noch weitere „attraktive“ Rahmenbedingungen menschlichen Handelns in freier Kooperation, sprich weitere Aneignungen dieser Bedingungen durch die Handelnden selbst dazu – z. B. die Entscheidungsmächtigkeit über das Ob, Was und Wie der Produktion. Erst diese Aneignungen der Produktionsbedingungen ermöglichen die zum „Bedürfnis“ werdende Arbeit (Aufhebung der Entfremdung der Arbeit, Karl Marx). Festzuhalten aber ist: Durch diese weiteren Aneignungsformen wird die Handlungsbedingung „garantierte Grundabgesichertheit“ nicht obsolet, weil die individuelle Gewissens- und Handlungsfreiheit immer Vorrang hat vor Kollektiventscheidungen – sofern sie die Würde und Freiheit einer/ eines anderen nicht beeinträchtigt.

Das erste Menschenrecht auf ein bedingungslos garantiertes Grundeinkommen hatte der humanistische Sozialist Erich Fromm auch in seiner berühmten Schrift „Haben oder Sein“ noch mal bekräftigt: Er meinte, „dass jeder Mensch, gleichgültig ob er arbeitet oder nicht, das bedingungslose Recht hat, nicht zu hungern und obdachlos zu sein.“ (Fromm 1976, S. 187) Und nicht von ungefähr verweist Fromm in seiner Begründung dieses Rechtes auf eine zunächst religiös anmutende, aber im Menschlichen liegende Wurzel: „Die menschliche Gesellschaft ist nach einem von zwei Prinzipien organisiert: dem patrizentrischen (oder patriarchalischen) oder dem matrizenrischen (oder matriarchalischen). Das matrizenrische hat sein Zentrum in der Figur der liebenden Mutter (...). Das mütterliche Prinzip ist das der bedingungslosen Liebe; die Mutter liebt ihre Kinder (...), weil sie ihre Kinder (oder die einer anderen Frau) sind. Deshalb kann die Liebe der Mutter auch nicht durch 'gutes Benehmen' erworben oder durch 'schlechtes Benehmen' verloren werden. Mutterliebe ist Gnade und Barmherzigkeit (...). Im Gegensatz dazu ist die väterliche Liebe an Bedingungen geknüpft; sie hängt von den Leistungen und dem guten Betragen des Sohnes ab (...). Die Liebe des Vaters kann verloren werden, aber sie kann auch durch Reue und erneute Unterwerfung wieder erworben werden.“ (ebenda, S. 142) In Anlehnung an die Kritik von Karl Marx an der entfremdeten Arbeit/Tätigkeit behauptet Fromm nun den „Seinsmodus des Menschen“ nicht in der Aktivität an sich, sondern in der Produktivität des Menschen, welche eine bestimmte Qualität des menschlichen Aktiven und Passiven bezeichnet: Die Produktivität macht menschlich, dass sie mit „innerer Beteiligung“ vonstatten geht, „sie muss nicht notwendigerweise mit der Hervorbringung eines künstlerischen oder wissenschaftlichen Werkes bzw. von etwas 'Nützlichem' verbunden sein. (...) Der produktive Mensch erweckt alles zum Leben, was er berührt. Er gibt seinen eigenen Fähigkeiten Leben und schenkt anderen Menschen und Dingen Leben.“ (ebenda, S. 93) Augenscheinlich aber und seit Jahrzehnten auch mit andern Sinnen deutlich erfassbar ist Arbeit keineswegs und ausschließlich produktiv

im lebensnotwendigen Sinne, sondern im hohen Maße äußere Natur und Menschen zerstörend, also destruktiv, (Über-)Leben zerstörend.

Wir sehen: Auch in der humanistisch-sozialistischen Denktradition wird dem Menschen eine angelegte bzw. zu entfaltende Möglichkeit freier, verantwortungsbewusster Handlung/Arbeit zuerkannt. Diese der Würde des Menschen immanente Möglichkeit ist auch hier nur durch eine materielle Grundabgesichertheit und durch weitere Aneignungen struktureller Bedingungen freier, nicht entfremdeter Handlungen realisierbar.

2 Das optimistische und das pessimistische Bild vom Menschen

„Das Ja oder Nein zur Einführung des Grundeinkommens wird sich nicht zuletzt am Menschenbild entscheiden, das ich vertrete.“

Büchele/Wohlgenannt

Herwig Büchele und Lieselotte Wohlgenannt verweisen auf die Bedeutung des Menschenbildes hinsichtlich der Zustimmung oder Ablehnung des Grundeinkommens. Was ist nun ein pessimistisches, was ein optimistisches Menschenbild? Ich hatte schon mit Erich Fromm darauf hingewiesen, dass der bloße Aktivitätsverweis problematisch ist – weil Aktivität an sich kein Gut ist. Passivität kann ebenfalls ein Gut sein. Insbesondere wenn Aktivität Umwelt und Menschen zerstört, krank macht etc. oder die Mittel dazu herstellt – also Leben zerstört statt zum Leben erweckt – wie es bei vieler Erwerbsarbeit gegeben ist.

Zurück zu Büchele/Wohlgenannt: „Die Idee des Grundeinkommens ist unvereinbar mit einem anthropologischen Pessimismus, nach dem der Mensch prinzipiell böse und korrupt ist, ein Mensch, der ständig der Kontrolle, des Zwanges und der Abhängigkeit bedarf und deshalb einer rigiden Ordnung unterworfen und durch festgefügte Strukturen diszipliniert werden muss. Die Befürwortung eines Grundeinkommens kann sich aber auch nicht an einem unkritischen anthropologischen Optimismus orientieren, der meint jede Entfremdung des Menschen auf seine struk-

turelle Entfremdung zurückzuführen und die Brüchigkeit, Verfallenheit, Verwundbarkeit, die Grenzen und Schwächen des Menschen ausblenden zu müssen: (...). Ein realistisches Menschenbild akzeptiert die Gebrochenheit der menschlichen Freiheit, rechnet auch mit den asozialen Kräften und Trieben des Menschen (...). Es (...) vollzieht in ihr (der realistischen Situation, R. B.) mit ganzer Kraft ein 'Dennoch'." (Büchele/Wohlgenannt 1985, S. 99f.) Es bleibt also die berechtigte Frage: Was macht der Mensch mit seiner formal (materiell) ermöglichten Freiheit? Heißt Freiheit nicht auch, Freisein zur Verantwortungslosigkeit? Freiheit zur Asozialität? Wie ist das mit der Befähigung zum verantwortungsbewussten Handeln in Freiheit und dessen Realisierung?

Klar ist, dass konkrete Bestimmungen für ein verantwortungsbewusstes Handeln in Freiheit immer – historisch, gesellschaftlich und individuell bedingt – konkret vorgestellt worden sind, also eine gewisse Relativität besitzen. Die Grundsätzlichkeit der Fragestellung soll damit nicht ausgeblendet werden – nur ist ihre Konkretion eine schwierige. Daher möchte ich im Folgenden den Schwerpunkt auf strukturelle Fragen des verantwortungsvollen Handelns in Freiheit legen, dabei kurz den arbeitgesellschaftlichen und den kulturgesellschaftlichen Ansatz verdeutlichen.

1. In einer wirtschaftlichen Mangelgesellschaft wird die Frage nach ausreichender wirtschaftlicher Produktivität bei Zahlung eines Grundeinkommens im Vordergrund stehen. Considerant beschrieb verschiedene strukturelle Maßnahmen, um die bislang widerwärtige, notwendige Arbeit attraktiv zu machen. Sie sollte als abwechselnde, wetteifernde und an der Berufung und Fähigkeit orientierte Tätigkeit gestaltet werden. Dann „werden alle Gesellschaftsklassen sich mit Eifer um Stellungen innerhalb all der unendlich verschiedenen Zweige der sozialen Berufe bewerben. Daher wird es überhaupt keine Faulen mehr geben: man wird dem armen Genossen den Vorschuss eines Minimums gewähren können zugleich mit der Gewissheit, dass sie am Ende des Jahres mehr, als ihr Verbrauch beträgt, gewonnen haben werden. (...) Heute wäre es unmöglich, dem Volke den Vorschuss des Minimums zu

gewähren: es würde sofort, da die Arbeit ihm widerwärtig ist, ins Nichtstun versinken. (...) Der Vorschuss des Minimums, das ist die Grundlage der Freiheit und die Garantie für die Emanzipation des Proletariats. Keine Freiheit ohne Minimum; kein Minimum ohne Arbeitsfreude.“ (Considerant 1906, S. 72f.) Bei Considerant klingt deutlich das „Dennoch“ durch – die optimistische Grundüberzeugung: Es ist „gewiss, dass alle Menschen das Bedürfnis haben, tätig zu sein. Die Untätigkeit verursacht unerträgliche Langleit.“ (Considerant 1906, S. 59) Aber eben nur, so die strukturell-realistische Sicht Considerants, wenn die Arbeit/Tätigkeit „attraktiv“ ist, Freude macht. Karl Marx (1818-1883) meinte, dass die Arbeit freiheitlich und auch attraktiv werde, wenn sie „gesellschaftlichen“ und „wissenschaftlichen“ Charakters sei. (vgl. Marx 1983, S. 512) Später wird Marx skeptischer: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört (...)“ (Marx 1984, S. 828) Notwendende Arbeit kann zwar in Ansätzen freiheitlich, d. h. rationell und unter der Regelung der frei Assoziierten, organisiert werden, verbleibt aber immer im Reich der Notwendigkeit. Das Reich der Freiheit eröffnet sich erst da, wo die Tätigkeit als Selbstzweck gilt. Es ist also nicht allein die Entscheidungsmacht der Arbeitenden/Handelnden über das Ob, Was und Wie des Arbeitens/Handelns (gesellschaftlicher Charakter), sondern auch die Abwesenheit der existenziellen Not für alle Einzelnen, die Freiheit verspricht: Was mit der Kennzeichnung „Zeitalter des wirtschaftlichen Überflusses“ (Fromm 1966, S. 176) schon längst signalisiert ist.

2. Es gibt noch andere Möglichkeiten, den grundoptimistischen Blick zu behaupten: „Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden und sicheren Einkommen ist eine Sache, das Bedürfnis, zu werken, zu wirken und zu handeln, sich an anderen zu messen und von ihnen anerkannt zu werden, eine andere, die weder in der ersten aufgeht noch mit ihr zusammenfällt.“ (Gorz 2000, S. 102) Hier wird von André Gorz aus der Perspektive des gesamten kulturellen Handelns des Menschen argumentiert. Die Absicherung des freien Handelns nach innerer Bedürf-

tigkeit durch die Notwendende Arbeit wird mit der Machtfrage verbunden: „Der politische Inhalt des Konflikts zwischen Kapital und lebendiger Arbeit liegt gerade auf der Ebene von Produktionsentscheidungen, also der inhaltlichen Bestimmungen von Bedürfnissen und der Art und Weise ihrer Befriedigung. Letztlich geht es um die Macht, über den Zweck und die gesellschaftliche Verwendung der Produktion zu entscheiden (...)“ (ebenda, S. 52). Diese Machtfrage (Aneignung der Produktions-/Arbeitsbedingungen) verbindet sich bei Gorz tiefer mit dem Menschen als bei der arbeitsgesellschaftlichen Sichtweise. Die Fragen nach der Art der Bedürfnisse und wie diese entstehen, tauchen auf: „Im Unterschied zur Konditionierung, zur Indoktrinierung und Dressur sucht die Erziehung (...) die Fähigkeit entstehen zu lassen (...), sich zum Subjekt seines Selbstbezuges und seines Bezuges zur Welt und zu den anderen zu machen. Diese Fähigkeit kann nicht gelehrt werden, sie muss hervorgehoben werden. Sie kann nur durch die affektive Bindung des Kindes oder Jugendlichen an eine Bezugsperson entstehen, die ihm das Gefühl vermittelt, es wert zu sein, bedingungslos geliebt zu werden, und ihm das Vertrauen in seine Fähigkeit gibt, etwas zu lernen, zu machen, zu unternehmen und sich mit den anderen zu messen.“ (ebenda, S. 97)

Hier geht es eben nicht um eine machtbesetzte Interpretation, Erzeugung und Manipulation von materiellen Bedürfnissen, die dann durch eine „Notwendende“ Arbeit zu befriedigen wären, sondern um die kulturelle Weiterentwicklung des Menschen und der menschlichen Gesellschaft – mit dem uns schon bekannten Bild des bedingungslosen Angenommenseins. Diese menschliche Gesellschaft braucht natürlich weitere unterstützende Rahmenbedingungen: „Die Gesellschaft muss (...) sich durch eine Reihe spezifischer Politiken organisieren (...). Dass also jeder einem kooperativen Selbstversorgungsunternehmen, einem Selbsthilfenetzwerk, einer wissenschaftlichen Forschungsgruppe, einem Orchester oder Chor, einer Theater-, Tanz- und/oder Malereiwerkstatt, einem Sportverein, einer Yoga- oder Judo-Schule etc. angehört. Und dass das Ziel der Sport- oder Kunst-„Gesellschaften“ nicht

die Auslese, die Ausscheidung, die Hierarchisierung ist, sondern darin besteht, jedes einzelne Mitglied (der Gesellschaft, R. B.) dazu zu ermutigen, sich fortlaufend im Wettstreit und im Zusammenspiel mit anderen neu zu definieren und zu überbieten. Dieses Streben jedes Einzelnen nach Vortrefflichkeit ist das gemeinsame Ziel aller. Hierdurch nämlich unterscheidet sich die 'Kulturgesellschaft' (...) von den Arbeitsgesellschaften." (ebenda, S. 109) Eine herrschaftsfreie Form der Erziehung und eine Kulturgesellschaft ist Gorz' Ideal und befördert neben dem Bedingungslosen Grundeinkommen die Verantwortungsübernahme in Freiheit. Eine Kulturgesellschaft ist nur möglich mit anderen Kultur- und Bildungswirklichkeiten.

Wir können festhalten: Der normativ als gut empfundene Gebrauch der Freiheit und Eigenverantwortung ist abhängig von Rahmenbedingungen: der Aufhebung der strukturellen Entfremdung von bzw. der Herrschaft über Tätigkeit, Arbeit und Bildung und der Abwesenheit von existenzieller Not und Teilhabeausschluss. Der Rest, die „Grenzen und Schwächen des Menschen“, steht in der erträglichen Ungewissheit „realistischen“ menschlichen Daseins – die wir mit noch so keiner ausgefeilten Bedingung beiseitigen können und wollen!

Exkurs: Der Markt und die Menschenwürde unter Vorbehalt – Niedrige „Grundeinkommen“ und Grundsicherungen

Noch ein kurzer Blick auf zwei Zwangsformen menschlicher Handlungsbedingungen, die dem Markt die Herrschaft über den Menschen zugehen:

Milton Friedman (1912-2006), Anhänger der neoklassischen und monetaristischen Wirtschaftslehre, plädierte ebenfalls für eine Art Grundeinkommen – in Form einer Negativen Einkommensteuer. Die Höhe soll bedeutend unterhalb des Existenzminimums liegen: Wenn der „Steuerfreibetrag von 600 Dollar pro Person (plus einem Minimum von 10 Prozent für absetzbare Sonderausgaben)“ beträgt, würde eine Person, die „überhaupt kein Einkommen bezöge (...),

(...) in unserem Beispiel 300 Dollar erhalten.“ (Friedman 2004, S. 228) Diese Form der Negativsteuer nennt man das Armutslücken-Konzept: „Der poverty-gap-Typ der Negativsteuer finanziert hingegen auch bei völligem Fehlen eigener Erwerbs- und Vermögenseinkünfte nur einen Teil des Lebensbedarfs (...). (...), weil man eine Deckungslücke des Lebensbedarfs zur Erhaltung von Arbeitsanreizen bewusst in Kauf nimmt.“ (Mitschke 2000, S. 53) Diese Form der Negativen Einkommensteuer ist also faktisch mit einem gewollten, durch die Existenz- und Teilhabnot bewirkten Arbeitszwang verbunden – erst recht, wenn weitere soziale Transferleistungen abgeschafft werden.

Mit dem poverty-gap-Typ sind Modelle des Kombilohns bzw. der Subventionierung des Niedriglohnbereiches entwickelt worden: „Die Garantie eines unter dem Existenzminimum liegenden Grundeinkommens (...) hat die Aufgabe, die Arbeitslosen zur Annahme von mühsamen und erniedrigenden Niedriglohnbeschäftigungen zu zwingen. Das entspricht der neoliberalen Position der Anhänger Friedmans (...).“ (Gorz 2000, S. 113) Deren Position lautet: Es „sollte das Programm (der Negativsteuer, R. B.) zwar auf dem Markt funktionieren, dabei jedoch soweit irgend möglich den Markt nicht stören und seine Funktionsweise nicht beeinträchtigen. Dies ist ein Fehler von Preissubventionen, Mindestlohnsätzen, Fixtarifen und Ähnlichem.“ (Friedman 2004, S. 228) Friedman stellt zu seiner Negativsteuer fest: „Sie funktioniert ohne Beeinflussung des Marktes.“ (ebenda, S. 229) Die Menschenwürde und Freiheit des Menschen soll nur gelten, wenn der Mensch bereit ist, sich den Marktprinzipien der Arbeit/Tätigkeit zu unterwerfen. Es ist den Menschen nicht mehr möglich, unwürdige/entfremdete Arbeit und Arbeitsbedingungen abzulehnen.

Ähnlich dem Armutslückenkonzept wirken Grundsicherungen, die nur gewährt werden, wenn der Mensch dem (Arbeits-)Markt zur Verfügung steht und zu einer Erwerbsarbeit unter Androhung des (partiellen) Leistungsentzugs gezwungen werden kann. Auch hier wird die Menschenwürde und Freiheit des Menschen unter Vorbehalt gestellt – nur wer seine Haut „als doppelt freier Lohnarbeiter“ (Marx) zu Markte trägt, ist

es Wert, als Mensch in seiner Würde und Freiheit anerkannt zu werden.

In beiden Fällen – beim niedrigen „Grundeinkommen“ und bei der Grund-sicherung – wird den verschiedenen oben genannten Ansätzen einer freieren Gesellschaft der nackte Zwang entgegen gesetzt – der Zwang der Existenznot und des Teilhabeausschlusses. Beide Verweigerungen der Menschenwürde und Freiheit stehen im Gegensatz zum Bedingungslosen Grundeinkommen.

3 Modelle von Grundeinkommen – Ein Überblick

Der Überblick umfasst nur prominente Modelle für Deutschland, welche für sich beanspruchen, Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu sein und die in konkret berechneter Form vorliegen. Die Leserinnen und Leser mögen selbst entscheiden, inwieweit die Kriterien eines Bedingungslosen Grundeinkommens durch die angeführten Modelle erfüllt werden. Als Orientierungshilfe bezüglich einer Existenz und Teilhabe sichernden Höhe eines Grundeinkommens einige Daten für Deutschland: Die Armuts(risiko)grenze für eine/n Alleinstehende/n betrug in

Bemerkungen zur nebenstehenden Tabelle

* Weil beim Großen Bürgergeld (bei Einkommen bis zur Transfergrenze) 50% des Einkommens mit dem Bürgergeld verrechnet werden und dieses minimieren, betragen die Bürgergeld-Ausgaben gesamtfiskalisch nur noch ca. 242 Milliarden €. Würde man dieses Verrechnungsprinzip bei der Berechnung des Finanzvolumens der Sozialdividende anwenden, würden sich die tatsächlichen Finanzvolumina der genannten Sozialdividende-Modelle ebenfalls beträchtlich verringern. Die Transfergrenze (TG) ist die Einkommensgrenze, oberhalb der man mehr Steuern zahlt als man Transferanspruch hat (Netto-Zahler).

Man beachte weiterhin: Dem jeweils genannten Finanzisierungsvolumen stehen die Einsparungen an steuerfinanzierten Sozialtransfers (Hartz IV, Sozialhilfe, Kindergeld, BAföG ...) gegenüber, die in das Grundeinkommen einfließen und in jedem Modell vom Umfang her verschieden ausgewiesen und beziffert werden.

Name des Modells (Jahr), AutorInnen, Typ und Bemerkungen zu Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung	Höhe in €
<p>Existenzgeld (2002) BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen Sozialdividende ML und AZV www.existenzgeld.de</p>	<p>für alle 690 (seit 2007 800) plus Wohn-Existenzgeld von durchschnittlich 260, also durchschnittlich 950 (Mietkosten sind nicht Bestandteil des Ex-Geldes, sondern durch das Wohn-Ex-Geld berücksichtigt); 110 € Beitrag zur Krankenversicherung wird zzgl. zum Existenzgeld ausgezahlt</p>
<p>BGE (2006) BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE. Sozialdividende ML und AZV www.die-linke-grundeinkommen.de</p>	<p>ab 16 Jahre 950, bis 16 Jahre 475</p>
<p>Grüne Grund-sicherung (2006) Manuel Emmeler/ Thomas Poreski Sozialdividende ML und AZV www.grundsicherung.org</p>	<p>ab 18 Jahre 500, bis 18 Jahre 400</p>
<p>Solidarisches Bürgergeld (2006) Dieter Althaus Negativsteuer kein ML, Kombilohn www.d-althaus.de</p>	<p>Großes Bürgergeld (Bruttoeinkommen bis 1.600 € = Transfergrenze): ab 18 Jahre 600, bis 18 Jahre 300 Kleines Bürgergeld (Bruttoeinkommen über 1.600 €): ab 18 Jahre 400, bis 18 Jahre 300 zzgl. werden pro Person 200 € Gesundheitsprämie ausgezahlt, die von BezieherInnen an die KV/PV weitergereicht werden müssen</p>

Steuerfinanzierte Sozialtransfers (= Einsparungen jährlich ca. 100 bis 200 Milliarden € je nach Modell)	Sozialversicherung Kranken-/Pflegeversicherung (KV/PV), Arbeitslosen- (AV) und Rentenversicherung (RV)	Finanzierungsvolumen jährlich in Milliarden € (ohne Einsparungen, ohne KV/PV, AV, RV und Wohngeld) und Finanzierung
werden ersetzt bei Bedarf bedürftigkeitsgeprüfte Sonderleistungen	SV-System unverändert, außer KV/PV	679 (bezogen auf 690€), mit Wohn-Existenzgeld 861 ; finanziert durch 50% Abgabe auf alle Netto-Einkommen (auch SV-Einkommen), Umstellung auf Lohnsteuerklasse I, Erbschafts-, Energie-, Kapitalertragssteuer und Subventionseinsparungen, 1% Erhöhung Mehrwertsteuer sowie zusätzliche Steueraufkommen durch Erhöhung Konsum infolge Ex-Geld, Betriebs-, Zinsertrags-, Kapitalexporthsteuer
werden ersetzt bei Bedarf bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld und eben solche Sonderleistungen	Basisrente als BGE plus solidarische Rentenzusatzversicherung (je 5% Arbeitnehmer und Arbeitgeber), KV/PV als Bürgerversicherung (6,5% Arbeitnehmer plus Wertschöpfungsabgabe der Arbeitgeber), AV in Diskussion	855 ; finanziert durch 35% Abgabe auf alle Bruttoeinkommen (bei Senkung der Einkommensteuer, Eingang 7,5%, Spitze 25%), Sachkapital-, Primärenergie-, Vermögen-, Börsen- und Luxusumsatzsteuer, Tobin Tax und Bundeszuschuss
werden ersetzt bei Bedarf bedürftigkeitsgeprüftes Wohngeld und eben solche Sonderleistungen	durchgängig steuerfinanziert (25% flat tax), Integration KV/PV in Grundsicherung, schrittweise Integration der Rente in Grundsicherung (schrittweise auf 700 € erhöhter Grundsicherungssockel im Rentenalter), freiwillige AV oder steuerfinanzierter Zuschlag auf Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit	478 ; finanziert durch 25% Grundsicherungsabgabe auf alle Bruttoeinkommen
werden ersetzt bei Bedarf bedürftigkeitsgeprüfte Sonderleistungen (Bürgergeldzuschlag)	durchgängig steuerfinanziert, Gesundheitsprämie (KV/PV) entweder durch erhöhte Einkommensteuersätze oder gesonderte Gesundheitssteuer, ab 67 Jahre eine Rentenzulage für Altfälle und eine einkommensabhängige Zusatzrente von 600 € zum Bürgergeld - finanziert aus 12% Lohnsummensteuer von den Arbeitgebern, keine AV bzw. Absicherung bei Arbeitslosigkeit über das Bürgergeld hinaus	400 ; finanziert durch 50% des Bruttoeinkommens als Transferentzug bei Großem Bürgergeld und 25% Einkommensteuer (flat tax) bei Kleinem Bürgergeld *

Deutschland 938 € nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, nach dem Europäischen Haushaltspanel 856 € (2004). Die Pfändungsfreigrenze für Erwerbstätige beträgt rund 990 €. (vgl. Blaschke 2007c, S. 162f.)

Nicht aufgeführt werden im Überblick die unterschiedlichen Angaben zur Bezugsgruppe der Transfers. Alle national gedachten Konzepte haben in der Regel den Nachteil, bestimmte Menschengruppen vom Bezug auszugrenzen. Das Grundeinkommen als Menschenrecht ist perspektivisch als Globales Soziales Recht zu konstituieren – jede/r hat an jedem Ort das Recht auf ein Grundeinkommen, natürlich gemäß nationaler und regionaler Ausgestaltung.

Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden Angaben zur Gestaltung und Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastrukturen sowie Regelungen zum Unterhalt. Auch Angaben zu politischen und strukturellen Rahmenbedingungen, die zum Grundeinkommenskonzept dazugehören, wurden nicht übernommen. Es werden lediglich einige zum Modell gehörige arbeitsmarktpolitische Bestimmungen (Mindestlohn-ML, Arbeitszeitverkürzung-AZV) angeführt. Die von mir vorgenommene Einschätzung des Modells als Kombilohnmodell orientiert sich an folgender Definition: Kombilohn = Niedrig(stunden)lohn plus Sozialtransfers. Niedriglöhne werden durch niedrige soziale Transfers provoziert bzw. verstärkt. Dieser Niedriglohneffekt niedriger Grundeinkommen kann durch Mindestlöhne minimiert bzw. aufgehoben werden. Zur besseren Vergleichbarkeit der Modelle wurde nur das Finanzierungsvolumen angegeben, das tatsächlich für das Grundeinkommen angedacht ist – ohne die Kosten für weiterhin bestehende Sozialversicherungs- bzw. sozialversicherungsähnliche u.a. soziale Leistungen.

Bezüglich weiterer Grundeinkommensmodelle verweise ich auf eine ältere Arbeit von mir. (Blaschke 2005 a)

Verwendete Literatur

- Adler, Georg: Einleitung: Fourier und der Fourierismus. In: Considerant, Victor: Fouriers System der sozialen Reform. Leipzig 1906
 - Blaschke, Ronald: Garantierte Mindesteinkommen – Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich. Meißen/Dresden 2005 a (in ergänzter Fassung auch veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/synopse.pdf>)

- Blaschke, Ronald: Arbeitszwang / Arbeitsverpflichtung – Verschiedene Bestimmungen und deren Bedeutung für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. 2005 b; veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/best-200501.pdf>
 - Blaschke, Ronald: Grundsicherungen und Grundeinkommen. Begriffe und Modelle. 2007 a; veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/Grundsicherungen-und-Grundeinkommen-Begriffe-Modelle.ppt>
 - Blaschke, Ronald: Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) und Recht auf Arbeit/Arbeitszwang. 2007 b; veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/BGE-und-Recht-auf-Arbeit-Arbeitszwang.pdf>
 - Blaschke, Ronald: Grundeinkommen zwischen Mindest- und Lebensstandardversicherung. Eine Orientierungshilfe im Zahlenlabyrinth. In: Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit (Hrsg.): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien 2007 c, S. 156-164.
 - Büchele, Herwig / Wohlgenannt, Lieselotte: Grundeinkommen ohne Arbeit – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft. Wien 1985
 - Considerant, Victor: Fouriers System der sozialen Reform. Leipzig 1906 (deutsche Übersetzung Considerants "Expositione abrégée du système phalanstérien de Fourier", Paris 1844)
 - Evangelische Akademie Meißen: Wort aus Meißen. Abschlusserklärung der Tagung "Solidarität – die andere Globalisierung", Tagung an der Evangelischen Akademie Meißen vom 23.-25.03.2007; veröffentlicht unter http://www.ev-akademie-meissen.de/fileadmin/studienbereich/Arbeit/texte/Wort_aus_Meissen_final.pdf
 - Fischer, Stefan: Fokus auf HIV/Aids-Projekte. Kirchenleute aus Deutschland im Dialog mit namibischen Partnern. Pressebericht vom 27.06.2007; veröffentlicht unter <http://www.az.com.na/soziales/fokus-auf-hiv/aids-projekte.20455.php>
 - Friedman, Milton: Kapitalismus und Freiheit. München 2004 (deutsche Übersetzung von Friedman, Milton: Capitalism and Freedom. Chicago 1962; der Abschnitt zur Negativen Einkommensteuer ist auch veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/friedman/kap12.htm>)
 - Fromm, Erich: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle. In: Erich Fromm: Gesamtausgabe in zwölf Bänden. München 1999. Band V, S. 309-316 (zuerst veröffentlicht in: Theobald, Robert (Ed.): The Guaranteed Income. Next step in Economic Evolution? New York 1966, S. 175-184; auch veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>)
 - Fromm, Erich: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart 1976
 - Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main 2000.
 - Gubitzer, Luise / Heintel, Peter: Koppeln oder Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen. In: Kitzmüller, Erich / Paul-Horn, Ina: Alternative Ökonomie. Wien, New York, 1998, S. 37-42.
 - Hirsch, Joachim / Steinert, Heinz: Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsabbau? Umriss eines Konzepts von Sozialpolitik als Infrastruktur. 2003; veröffentlicht unter http://www.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozpol.html
 - Marx, Karl Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke. Band 42. Berlin 1983, S. 47-768
 - Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Berlin 1984
 - Mitschke, Joachim: Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich. Baden-Baden 2000
 - Reichmann, Anne: Muße und Arbeit. Arbeitsmoral und Lebensgenuss. Arbeit ist nur das halbe Leben. Vortrag am 15.07.2006 in der Evangelischen Akademie Meißen; veröffentlicht unter <http://www.archiv-grundeinkommen.de/reichmann/Musse-und-Arbeit.pdf>
 - Sozialreferat der Diözese Linz: Bedingungsloses Grundeinkommen. Sozialpredigt zum Dritten Sonntag der Fastenzeit. Linz 2007; veröffentlicht unter http://www.dioezese-linz.at/redaktion/data/Sozialreferat/PRE_206_Grundeinkommen.doc
 - Spehr, Christoph: Gleicher als andere – Eine Grundlegung der freien Kooperation. In: Spehr, Christoph (Hrsg.): Gleicher als andere – Eine Grundlegung der freien Kooperation. Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Band 9. Berlin 2003, S. 19-116
 - Wohlgenannt, Lieselotte: Menschenrechte brauchen Grundeinkommen. In: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – Österreich, Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hrsg.): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses. Berlin 2006, S. 25-31

Ein Grundeinkommen für alle aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen

Alwine Schreiber-Martens

„Immer weniger Menschen produzieren in immer weniger Zeit immer mehr Güter“ schreibt Jeremy Rifkin in seinem Buch „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“^[1]. Die traditionelle Erwerbsarbeit scheint in Zukunft immer weniger direkte Einkommensquelle der Menschen sein. Es gilt daher, über Einkommensquellen und Einkommensverteilung neu nachzudenken.

Natürlich entstammen alle Einkommen menschlicher Arbeit bzw. besser gesagt: menschlicher Tätigkeit. Der Einkommensstrom in realer Gestalt, also der Güterstrom, dabei Güter im weitesten Sinne, materiell wie immateriell, ist Resultat menschlicher Tätigkeit – bei weitem nicht nur der Erwerbsarbeit.

Und genauso selbstverständlich kann menschliche Tätigkeit diesen realen Güterstrom nur hervorquellen lassen, wenn sie auf die uns umgebenden, uns tragenden Schätze der Natur zurückgreifen kann. Diese Schätze der Natur sind der Boden mit allem, was in ihm ist, Wasser, Luft, Licht, die Atmosphäre und in und mit diesen Gesamtheiten die Biosphäre, die letzten Endes Quelle und Senke (Ort für die Rückführung) aller von Menschen hervorgebrachten Dinge ist.

Diese Naturschätze, diese Grundlagen des Lebens und Wirtschaftens aller Menschen, sind ein Geschenk an die Menschheit als ganzes – niemand hat dafür bezahlt! Und sie sind durch unser gegenwärtiges Wirtschaften massiv bedroht.

Wie können diese Lebensgrundlagen geschützt und erhalten werden? Wie kann jeder einzelne Mensch in gleicher Weise und kostenfrei an diesem Geschenk teilhaben? Wie kann ausschließlich menschlicher Bedarf anstelle des Renditedrucks die Triebfeder des Wirtschaftens werden? Ein „Ressourcen-gestütztes“ Einkommen als Bestandteil eines bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommens für jeden Menschen zeigt Lösungsansätze für diese komplexe Aufgabe.

Boden und Einkommen

Das Naturgeschenk „Grund und Boden“ ist größtenteils nicht mehr allgemein verfügbar, sondern Privateigentum. Daher kommen immer weniger Menschen in den Genuss dieses Geschenks. Da Boden direkt oder indirekt die Grundlage allen Lebens ist, wächst bei wachsender Bevölkerung auch die Nachfrage nach geeignetem Boden in günstiger Lage. Wir bezahlen daher für die Nutzung steigende Preise, die nur den Eigentümern zugute kommen. Boden ist aber nicht durch menschliche Arbeit vermehrbar. Die Preissteigerung kann also nicht durch Ausweitung des Angebots gebremst werden. Das Naturgut Boden ist nicht einfach marktfähig, sondern das bedeutendste Monopolgut.

Aufgrund dieser Erkenntnis hat es immer wieder Reformbewegungen gegeben, die das gleiche Anrecht aller Menschen am Boden reklamierten. Der Engländer Thomas Spence (1750-1814) und der US-Amerikaner Henry George (1839-1897) waren führende Köpfe dieser Bewegung im 18. und 19. Jahrhundert. Thomas Spence trat für eine Vergesellschaftung und Verpachtung des Bodens ein und erwog bereits die Verwendung der Pachteinnahmen als ein Grundeinkommen für alle.^[2] Demgegenüber wollte Henry George die Bodenrenten, also jene Einkommen, die an die privaten Eigentümer des Bodens nur kraft Eigentümerstatus fließen, mit einer Steuer abschöpfen. Als „single tax“ hätten die Einnahmen damals für die Finanzierung des gesamten Staatswesens ausreichen können.^[3]

Die Bodenrente als leistungsloses Einkommen wird bei Verpachtungen besonders deutlich. Die Bauern müssen einen Teil des Ertrags für die Bodenpacht aufbringen. Bei städtischem Boden haben die Bodenrenten noch mehr Gewicht: Die Kosten der Baugrundstücke liegen heutzutage fast bei einem Drittel der gesamten Immobili-

lienpreise. Ihr Anteil allein an den Mieten beträgt um die 20 bis 25 Prozent!

Die im 18. Jahrhundert von Thomas Spence vertretene Idee einer Auszahlung der abgeschöpften Bodenrente direkt an die Bürger kam Anfang des 20. Jahrhunderts wieder durch den Sozial- und Geldreformer Silvio Gesell (1862-1930) ins Gespräch. Entsprechend den damaligen Denkweisen hinsichtlich der Geschlechterrollen war es sein Vorschlag, die Einnahmen aus der Bodenrente speziell den Müttern zukommen zu lassen. Ihre finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit sollte so eigenständig gestärkt werden. Über seine Zeit hinaus denkend forderte Gesell sogar, diese Zahlung weltweit allen Müttern – und damit auch allen Kindern – zukommen zu lassen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe. Nach seiner Sicht hat jeder in die Welt Geborene einen gleichen Anspruch auf Nutzung aller Güter der Natur! Im Prinzip kann man dieses "Müttergeld" schon als eine Art Basis- oder Grundeinkommen ansehen, da die Zahlungen indirekt allen Bürgern in ihrer Jugendzeit zugute kommen.

Gleiche Teilhabe aller Menschen am Boden

Nach Gesells über den Feudalismus wie über den Kapitalismus hinausweisenden Vorstellungen sollte der Boden ähnlich wie zur Zeit der Allmende wieder in ein allen gehörendes Gemeinschaftsgut zurück verwandelt werden. Eigens dafür gebildete unabhängige Körperschaften sollten den Boden mittels verzinslicher Staatspapiere zurückkaufen und die Bodenflächen zeitbegrenzt den Meistbietenden gegen Pacht zur privaten Nutzung überlassen.

Eine Steuer zur Abschöpfung der Bodenrenten ähnlich wie Henry George schlägt Fritz Andres^[4] vor. Dazu soll die gegenwärtige Grundsteuer in eine Bodenwertsteuer umgewandelt werden. Die gegenwärtige Steuer belastet Boden *und* Bauwerk. Die Änderung – zunächst aufkommensneutral – stellt das Bauwerk frei und entlastet damit menschliche Arbeit, während der Boden und damit Naturgebrauch entsprechend mehr belastet wird. Die Effekte dieser Umwandlung sind sehr vielfältig: Ungenutzter Boden und Bau-

lücken werden mobilisiert und der von der Planung vorgegebenen Nutzung zugeführt. Die höhere Steuerlast macht nämlich das Liegenlassen des Bodens weniger attraktiv. Die Belastung hält die Eigentümer zu flächensparender Nutzung an. Je nach Höhe kann die Steuer Planungswertgewinne, d.h. Wertsteigerungen aufgrund veränderter Raumordnung bzw. Bauleitplanung, abschöpfen. Dies mindert das Interesse der Eigentümer an der Beeinflussung der Planung und ist außerdem ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Steuererhebung wird wesentlich vereinfacht, Steuerhinterziehung oder Steuerflucht erschwert! Sie ist eine der wenigen Steuern, die den Besteuerungsgegenstand durch die Belastung nicht einschränkt, sondern seine Verfügbarkeit erhöht. In Dänemark wurde 1922 diese Umwandlung durchgeführt, und sie hat hervorragende bodenpolitische Wirkung! In England gibt es Bestrebungen, eine solche LVT (Land Value Tax) einzuführen^[5].

Beide Modelle, das Gesellsche des Rückkaufs verbunden mit (Erb-)Pacht gegen Meistgebot wie auch das der Bodenwertsteuer, sind kombinierbar und in kleinen Schritten realisierbar. Sie ermöglichen auf friedlichem Wege das Abschöpfen der Bodenrenten. Die gleichmäßige Rückverteilung pro Kopf sichert einen Einkommenszufluss für jeden Menschen. Nach Schätzungen des Verkehrswerts und der Fläche des nicht landwirtschaftlich genutzten Bodens^[6] in Deutschland kann eine 5%-ige Besteuerung hier eine Einnahme von 100 Mrd. Euro pro Jahr ergeben, also pro Kopf der Bevölkerung (80 Mio. Einwohner) 1250 Euro pro Jahr, also ca. 100 Euro „Grund'einkommen aus Boden pro Kopf und Monat. Als Anhaltspunkt für die Höhe der Bodenrenten schreibt Helmut Creutz^[7]: "Hätten die Stadtväter in Zürich im 19. Jahrhundert das Gebiet der früheren Wallanlagen nicht verkauft, sondern nur verpachtet, dann könnten mit den heute daraus fließenden Pachteinahmen die gesamten öffentlichen Kosten der Stadt bestritten werden."

Anzumerken ist allerdings, dass eine sofortige 5%ige Bodenwertsteuer einer Enteignung der Bodeneigentümer gleichkommt, da so je nach Höhe des Kapitalmarktzinses die Bodenrente komplett abgeschöpft wird. Damit verschwindet der

Verkehrswert des Boden. Das Aufkommen muss also zunächst zur Entschädigung der Eigentümer verwendet werden. Diese Beispiele zeigen aber die große und aktuelle Bedeutung dieser Problematik.

Bodenschätze, Wasser, Luft

Bei allen nicht vermehrbaren Naturgütern ist es wie beim Boden: Immer wenn nämlich ein knappes Gut durch menschliche Arbeit nicht vermehrbar ist, entsteht die Möglichkeit einer Knappheits- oder Monopolrente: ein ökonomischer Vorteil ergibt sich allein aufgrund des Eigentums oder der kostenfreien Nutzung, ohne eigene Leistung. Gleiche Teilhabe aller Menschen an diesen natürlichen Knappheitsrenten ist unabdingbar für soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften.

Beim Wasser wird die Aktualität überdeutlich: Mit weltweit zunehmender Knappheit an Trinkwasser wächst das Interesse kaufkräftiger Investoren an der Privatisierung von Wasserrechten, also an der privaten Aneignung der steigenden Knappheitsrenten. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit, das kostbare und knappe Gut zu schützen und doch allen zugänglich zu machen.

Bei der Luft erkennen wir inzwischen klar die begrenzte Aufnahmekapazität der Atmosphäre für CO₂. Die weltweite Klimaveränderung erfordert eine drastische Verringerung der Emissionen. Dafür wurden im Kyoto-Protokoll sogenannte Emissionsrechte vereinbart. Sie wurden zum größten Teil an die bisherigen (Groß-) Verbraucher der Ressourcen "verschenkt" – im Ergebnis eine nahezu kostenfreie Weiter-Nutzung eines Umweltgutes nach dem "Eroberungsstand" von 1990. Nur so viele Zertifikate, um wie viele der Ausstoß verringert werden soll, werden gehandelt. Inzwischen entwickelt sich ein Markt für diese Rechte, und der Preis ist von anfangs fünf Euro pro Tonne CO₂ bereits deutlich gestiegen. Diese Summe, Teil des ökonomischen Gegenwerts des Wirtschaftsgutes "Recht auf CO₂-Emission", fließt als Geschenk fast komplett an die "Viel-Emitterer", also indirekt auch an diejenigen Menschen, die mit ihrem Lebensstil die höchsten Emissionen an klimaschädlichen Gasen produzieren.

Regeln für unseren Umgang mit den Naturressourcen

Gibt es funktionstüchtige und wirksame Vorschläge, um die Abschöpfung der Knappheitsrenten über den Boden hinaus auch auf andere Umweltgüter auszuweiten? Die Struktur eines solchen Vorschlags kann man folgendermaßen skizzieren: Auf der umweltpolitischen **Planungsebene** wird für ein Umweltgut aus ökologischen Gründen eine Nutzungsbegrenzung vereinbart. Dabei wird entweder die Menge (vgl. Kyoto-Protokoll), die genutzt werden darf, oder ein Preis (ähnlich Ökosteuer) für die Nutzung festgelegt, beides bezogen auf einen bestimmten Zeitraum, z.B. ein Jahr. Im ersten Fall werden die Nutzungsanteile dann meistbietend an die Interessenten versteigert. In beiden Fällen wird das Umweltgut durch die laufend anfallenden Entgelte (Preise) geschützt. Gleichzeitig sorgt der (hohe oder steigende) Preis dafür, dass das Umweltgut in der Weise bzw. dort genutzt wird, wo seine Nicht-Verfügbarkeit besonders teuer wäre oder sein Nutzen besonders groß ist. Dies ist die **Allokationsebene**, auf der die Effizienz bzw. der Preis "regelt", wo oder wie das Gut genutzt wird bzw. wer es nutzt. Die pro Kopf gleiche Ausschüttung der Gesamtsumme der Abgaben garantiert dann auf der **Verteilungsebene**, dass für jeden Menschen eine "durchschnittliche" Nutzung des Umweltgutes kostenfrei ist. Genau die entsprechende Durchschnittssumme wird nämlich im Ergebnis an jeden einzelnen ausgezahlt! So kann unabhängig von der Höhe der Abgabe jeder im Durchschnitt "mithalten".

Kontinuierlich steigende Abgaben für den Gebrauch von Umweltgütern führen zu entsprechenden Änderungen in den Güterpreisen. Dies hat Auswirkungen auf das (Kauf-)Verhalten der Einzelnen, ohne dass es eines "gläsernen Verbrauchers" bedarf. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Menschen, deren Lebensstil die Naturressourcen überdurchschnittlich schont, ein echtes zusätzliches Nettoeinkommen erzielen. Es ist ein Einkommen aufgrund der Leistung des besonders schonenden Umgangs mit den unvermehrten Umweltgütern. Diese Leistung

zum Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit wird im 21. Jahrhundert besonders notwendig sein!

Erst die genannte Verwendung, nämlich die direkte Rückverteilung gleichmäßig pro Kopf, ermöglicht überhaupt die politische Durchsetzung. Andernfalls werden durch steigende Umweltabgaben oder Mengengrenzungen eine wachsende Anzahl von Menschen von der Nutzung der Umweltgüter tendenziell ausgeschlossen. Dann entstehen massive Verteilungskonflikte, und unsere natürlichen Lebensgrundlagen werden beschleunigt zerstört werden.

Weitere Auswirkungen der gleichmäßigen Rückverteilung

Haushalte mit Kindern werden zu den Nettogewinnern gehören, denn Kinder sind im Allgemeinen unterdurchschnittliche Nutzer von Umweltgütern. Durch die überproportionale Steigerung der niedrigeren Einkommen werden Nachfrage und Konjunktur belebt. Dies steigert in der Tendenz die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft, ohne dabei den Schutz der Naturgüter zu behindern. Ausweitung der Produktion geschieht also nur insoweit und nur dort, wo tatsächlich Bedarf ist. Die Menschen verfügen nämlich über mehr Kaufkraft (Geld)! Gleichzeitig werden Investitionen in eher umweltschonende Produktion gelenkt. Die Rückzahlung stellt ein bedingungsloses Grundeinkommen dar. Dies erleichtert Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, denn die Rückzahlung erfolgt unabhängig von der Erwerbsarbeit des Einzelnen. Anderes Arbeiten anstelle und neben der Erwerbsarbeit wird begünstigt. Jedem Menschen ist eine "durchschnittliche" Nutzung der Naturgüter möglich. Damit wird das Menschenrecht der gleichen und kostenfreien Teilhabe an den Umweltgütern erfüllbar.

Konkrete Beispiele und Zahlen

Berechnungen des Solarenergie-Fördervereins (<http://www.SFV.de>) geben einen Anhaltspunkt für eine solche Umweltabgabe: Eine Verteuerung der verbrauchten Endenergie von 2500 Mrd. kWh

im Jahr 2005 in Deutschland um 0,04 Euro pro kWh ergäbe eine Summe von 100 Mrd. Euro, die Belastung der fossilen Energieträger entsprechend ihrem Energiegehalt ergibt dagegen ca. 160 Mrd. Euro (Verbrauch in 2005 ca. 4000 Mrd. kWh)^[8]. Pro Liter Diesel, Benzin, Heizöl führte jede der beiden Maßnahmen zu einer Verteuerung von ca. 0,33 Euro, pro Kubikmeter Erdgas von etwa 0,40 Euro. Bei Strom wäre die Wirkung der beiden Maßnahmen deutlicher unterschiedlich: fossil erzeugter Strom würde deutlich mehr (Abwärme!), regenerativ erzeugter deutlich weniger als 0,04 Euro pro kWh teurer. Für Atomstrom würde die Verteuerung ähnlich wie bei fossilen Energieträgern ausfallen. Egal wie die Verteuerung angesetzt wird, es ist ein echter Anreiz für das 1-Liter-Auto und öffentliche Verkehrssysteme, sowie für eine Reduktion des Transports, also Begünstigung eher regionaler Produktion und reparaturfreundlicher Produkte! Die Stadtwerke Basel praktizieren bereits einen kleinen Schritt in eine solche Richtung^[9].

Ein Aufkommen von 160 Mrd. Euro ergibt eine Ausschüttung von ungefähr 150 Euro pro Kopf und Monat in Deutschland. Selbstverständlich muss diese Steuer entsprechend dem sinkenden Verbrauch jährlich angehoben werden – solange noch fossile Energieträger verbraucht werden! Bis 2030 ist sicher davon auszugehen. Gleichzeitig wird mit steigendem Verbrauch an regenerativ erzeugter Energie die dann knappste Naturressource, nämlich die biologisch produktive Fläche, in weitere Besteuerungen mit einzubeziehen sein, flankiert von weiteren Bestimmungen zu ihrem Schutz.

Auswirkungen beim Kyoto-Protokoll

Der dargelegte Gedanke des Abschöpfens von Renten aufgrund natürlicher Knappheiten weist bei der Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls einen Weg: Durch eine weltweite Versteigerung *aller* Emissionsrechte gegen Höchstgebot wird die Nutzung der CO₂-Emission möglichst effektiv. Die Rückverteilung der Erlöse ergibt in der Summe eine Transferzahlung aus den hochindustrialisierten an die pro Kopf unterdurchschnittlich emittierenden Staaten. Durch diese

Zahlungen entsteht dort ein eigenes Interesse an einem industriellen Wachstum mit geringen CO₂-Emission, andernfalls versiegen nämlich die Zahlungen. Für die erforderliche Technologie stehen Mittel aus eben diesen Zahlungen zur Verfügung. Aber auch die Netto-Zahler, also wir, die Bürger der Verschwender-Staaten, haben ein eigenes Interesse daran: die Klimaänderung hat auch für uns dramatische Konsequenzen. Wer vorne am Abgrund steht, zahlt gerne an denjenigen dahinter, wenn der dadurch seine Richtung so ändert, dass beiden der Absturz erspart bleibt.

Wegen des genau bekannten CO₂-Ausstoßes im Verlauf des Verbrauchs fossiler Energieträger ist hier eine Kopplung sehr einfach: Wer Kohlenstoff in Verkehr bringt, muss gleichzeitig die erforderlichen Emissions-Zertifikate erwerben. Selbstverständlich werden die dann "an der Quelle" entstehenden Kosten über die Preise auf die Endverbraucher weitergewälzt. Ein durchschnittlicher Verbrauch fossiler Energie und somit der durchschnittliche Ausstoß an CO₂ im weltweiten Vergleich wird daher für die Endverbraucher kostenneutral sein, sofern das Aufkommen aus der Versteigerung der Emissionsrechte weltweit und das einer regional begrenzten zusätzlichen Steuer auf fossile Energieträger regional ausgeschüttet wird.

Dieses Modell eines Naturressourcen-Grundeinkommens ist weltweit möglich und nötig. Es kann national wie international stufenweise eingeführt werden. Es hat günstige Auswirkungen auf die weltweiten Verteilungskonflikte. Es befördert ressourcenschonendes Wachstum – wo nötig!

Im Bereich Boden und Ressourcen ist der hier skizzierte Ansatz zukunftsweisend. Er ist im Einklang mit den Zielen der Agenda21, wie sie die UNO aufgrund des Brundlandt-Reports in weltweiten Konferenzen verabschiedet hat. Er verbindet sachgerecht marktwirtschaftliche und egalitäre Prinzipien. Er kann sogar als Modell für eine umlaufgesicherte, inflationsfreie Währung betrachtet werden^[10].

Eine solche Änderung unseres Geldsystems werden wir brauchen, um uns vom Wachstumsdruck zu befreien: Die Funktionsnotwendigkeit

weiter wachsender Produktion, resultierend aus wachsenden Geldvermögen und Schulden, verbunden mit immer mehr "Geld ohne Bedarf" und "Bedarf ohne Geld", führt sonst zum Kollaps. Hingegen ermöglicht eine Währung, die den Geld-Güter-Kreislauf schließt, die also Angebot und Nachfrage auf dem Gesamtmarkt zum Ausgleich bringt, auch das Sinken des Angebots, wenn der Bedarf gesättigt ist – ein uns gegenwärtig fast undenkbar erscheinender Zustand, der aber Frieden auf vielen Ebenen ermöglicht.

Weitere Gedanken und offene Fragen

- In Diskussionen über das bedingungslose Grundeinkommen wird häufig als Kritik die Entkopplung von Arbeit und Einkommen, die aus der Bedingungslosigkeit resultiert, angeführt. Zu bedenken ist dabei, dass bereits in der bestehenden sog. ‚Leistungsgesellschaft‘ Arbeit und Einkommen oftmals voneinander getrennt sind: Zum einen wird unendlich viel Arbeit ohne Einkommen, ohne Gegenleistung und mit minimaler sozialer Absicherung verrichtet. Es ist dies insbesondere die Pflegearbeit an den jüngsten und ältesten und an den chronisch kranken Mitgliedern einer Gesellschaft. Es ist die ehrenamtliche Arbeit, die in vielen sozialen Bereichen, bei der Integration von MigrantInnen, im weitesten Sinne zum Zusammenhalt einer Gesellschaft und zum Erhalt einer Demokratie geleistet wird. Zum anderen fließen zunehmende Einkommensströme ausschließlich aufgrund des Eigentums an Vermögen, allein aufgrund des Eigentumstitels und ohne eigene Leistung. Für Bodeneigentum wurde dies oben angedeutet. Für Zinseinkünfte auf Geldvermögen ist dies offenbar. Für Gewinne aufgrund von Aktienvermögen, von Devisengeschäften, Fondsanteilen wird dies immer drastischer deutlich.

Es ergeben sich noch ganz andere Fragen: Wie wird Leistung definiert, die ja im Begriff der Arbeit inhärent ist? Ist die (Rück-)Verkopplung von Arbeit bzw. Leistung und Einkommen wirklich das Ziel oder eher eine Methode zur Erreichung von Zielen? Was sind dann die Ziele? Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gleiche Teilhabe aller Menschen daran

muss sicher ein Ziel sein. Ein weiteres Ziel muss die soziale und politische Teilhabe aller Menschen an den Gemeinwesen sein. Alle Methoden – rückverteilte Ressourcenabgaben, Bodenreform, „fließendes“ Geld, Grundeinkommen – müssen sich daran messen lassen, wie sie die Erreichung der Ziele ermöglichen bzw. ob sie sich gegenseitig behindern oder nicht.

Im Hinblick auf den Leistungsbegriff und den Schutz der Naturressourcen liegt es nahe, ein Verhalten als Leistung zu bezeichnen und mit Einkommen auszustatten, das diesen Schutz besonders nachhaltig gewährleistet. Genau dieser Gedanke wird in der Erhebung und Ausschüttung der Ressourcenabgaben realisiert. Mögliche Entwicklungen als Folge einer entschlossen durchgesetzten Ressourcenbesteuerung, auch auf die Regionalentwicklung, sind im Detail noch zu untersuchen. Durch die induzierte stärkere Nachfrage nach reparaturfreundlichen Produkten und nach deren Wiederherstellung – der Ressourcendurchsatz ist so geringer, der Aufwand an menschlicher Arbeitskraft dagegen größer – könnte z. B. Erwerbsarbeit in ganz anderer, sehr viel menschlicherer Weise wieder aufblühen.

Gleichzeitig ist dies ein Konzept zur Abschöpfung und Rückverteilung von natürlichen Monopolverrenten. Ähnlich zielt die Geldreform darauf, die „Pseudo-Knappheit“ des Geldes und den daraus resultierenden Zins als Monopolverrente sanft verschwinden zu lassen. Beides zielt also auf die Überwindung leistungsloser Vermögenseinkünfte und erleichtert so – direkt durch Rückverteilung und indirekt durch eine andere ökonomische Dynamik – die Teilhabe der Menschen am Gemeinwesen.

Auch das Grundeinkommen will soziale und politische Teilhabe in Würde ermöglichen. Es adressiert die gegenwärtige Verschärfung des Ausschlusses von Arbeitseinkommen. Es zielt also methodisch anders in die gleiche Richtung wie die Gedanken der Fairconomy^[11]. Christoph Strawe bemerkt dazu, es wäre „dogmatisch, die Notwendigkeit einer Reform der Geld- und Bodenordnung gegen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auszuspielen.“^[12] Weiterhin ist die Frage der Finanzierung grundlegend für die Qualität eines Grundeinkommens, und selbstredend ist dies kompliziert.

Trotz dieser Komplexität gibt es bereits durchgerechnete Modellvarianten sowohl vom Netzwerk Grundeinkommen als auch von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)^[13].

• Könnte ein Grundeinkommen, ko-finanziert durch gezielte Ressourcenbesteuerung, durch allgemeine Verbrauchssteuern (Vorschlag von Götz Werner) und Anhebung „traditioneller“ Steuern wie Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer u.ä., politisch vielleicht eher realisierbar sein als die Geldreform? Wie könnten sehr konkret Komplementärwährungsprojekte, die fließendes Geld modellhaft vorbereiten und erproben, mit dem Grundeinkommensgedanken kombiniert werden? Jedenfalls sind das Grundeinkommen, das so grundlegend eine Begegnung von Menschen in Freiheit und Würde ermöglicht und Selbstorganisation (Kai Ehlers)^[14] befördert, sowie ein „fließendes Geld“ Reformprojekte, die sich gegenseitig bereichern und befördern und gemeinsam große politische Dynamik entfalten können.

Anmerkungen

- 1 Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/M. 2004.
- 2 Thomas Spence, Das Gemeineigentum am Boden, Leipzig 1904; Nachdruck: Glashütten/Taunus 1974. – Vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Spence
- 3 Henry George, Fortschritt und Armut – eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut bei zunehmendem Reichtum (1879), Düsseldorf 1959. – Werner Onken, Henry George – ein Sozialreformer des Gedankens und der Tat, in: Fragen der Freiheit Nr. 245/1997, S. 3-18.
- 4 Vgl. das Heft 257/2001 der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ des Seminars für Freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll, <http://www.sffo.de>
- 5 Vgl. <http://www.labourland.org>
- 6 Vgl. z.B. <http://www.ingabraham.de/index.htm>, <http://www.desttt.de/basis/d/umw/ugrtab7.php>
- 7 Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom, München 2001, S.577.
- 8 Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Prim%C3%A4renergie>;
- 9 Vgl. z.B. <http://www.iwb.ch/media/Online-Schalter/Dokumente/lenkungsfoerderabgabe.pdf>
- 10 Text von Prof. Hans Peter Aubauer, Wien: Ökologische, globalistische und soziale Zügel für den Kapitalismus http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/interessante_texte/Z%FCgelung%20des%20Kapitalismus.pdf#search=%22Aubauer%20Z%C3%BCgel%22
- 11 Vgl. dazu die Website www.fairconomy.de
- 12 Christoph Strawe, Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: Götz Werner und André Presse (Hrsg.), Grundeinkommen und Konsumsteuer – Impulse für Unternehmen die Zukunft. Karlsruhe 2007, S. 133.
- 13 Vgl. die Webseiten www.grundeinkommen.info und www.archiv-grundeinkommen.de sowie <http://www.kirche-im-bistum-aachen.de/kiba/dcms/traeger/0/kab-dioezesan-verband-aachen/Kampagnen/index1.html>
- 14 Kai Ehlers, Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte

B Ü C H E R

■ **Götz W. Werner**

Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen

Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben, 2006. 128 Seiten.

Götz Werner tritt seit 2004 öffentlich für die schrittweise Einführung eines bedingungslosen, konsumsteuerfinanzierten Grundeinkommens ein und löst damit ein bemerkenswert weites Echo aus. Dabei ist die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht neu. Schon seit etwa 200 Jahren wird diese Forderung ganz unabhängig vom politischen Lager immer wieder diskutiert. Götz Werner ist Gründer und heute Vorsitzender der Geschäftsführung der Drogeriemarktkette dm und leitet zudem als Professor das Interfakultative Institut für Entrepreneurship (Uni Karlsruhe). Unermüdlich und mit beachtlicher Resonanz setzt er sich dafür ein, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens einer breiten politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland bekannt zu machen. Einige der Interviews und Reaktionen darauf sind in vorliegendem Buch zusammengestellt.

Unter „bedingungslosem Grundeinkommen“ wird ein Einkommen verstanden, das an jedes Individuum ausgezahlt wird, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung. Werner plädiert für ein vergleichsweise hohes Grundeinkommen, gerne spricht er auch von Kulturminimum statt von Existenzminimum. Wenn man das heute auf eine Zahl festlegen wolle, wären das bis zu 1500 EUR. Aber die Höhe sei letztlich eine politische Frage und auch eine Frage des Menschenbildes: inwieweit ist der Mensch aus sich selbst heraus motiviert sich einzubringen, inwieweit braucht er Anreiz und Sanktionen. Einig ist sich Werner mit denjenigen, die wie etwa Thomas Straubhaar, Präsident des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), eher den auf individuellen Vorteil bedachten Menschen vor Augen haben, dass es mikroökonomisch nicht begründet ist zu glauben, dass Menschen mit einem Grundeinkommen dann nicht mehr arbeiten würden. Werner plädiert für eine vollstän-

dige Konsumsteuerfinanzierung des Grundeinkommens. Dem Einwand, dass die Mehrwertsteuer prinzipiell unsozial sei, dass nämlich derjenige, der sein ganzes Einkommen verkonsumieren muss, relativ mehr Steuern zahle als derjenige, der nur einen Bruchteil seines Einkommens verkonsumieren muss, dass mithin einkommensschwache Haushalte einen relativ höheren Anteil zur Finanzierung des Grundeinkommens zu schultern haben, begegnet er mit dem Argument, dass die Reichen absolut gesehen mehr beitragen und das Grundeinkommen pro Kopf verteilt wird. Zudem landen Steuern so oder so in den Preisen, bei der Konsumsteuer sei es nur transparenter! Andere sprechen sich für eine Mischlösung von Mehrwertsteuer und Einkommenssteuer aus.

Werner begründet das Grundeinkommen vor allem mit der ungeheuren Produktivitätsentwicklung, die zu einem paradoxen Phänomen geführt habe: je produktiver wir sind, umso mehr sinken die Erwerbseinkommen und umso weniger Arbeitskräfte werden noch gebraucht. Die vielbeklagte Arbeitslosigkeit müsse als Folge von Produktivitätsfortschritt und Wohlstand verstanden werden. „Die Zeiten der Vollbeschäftigung sind endgültig vorbei.“ Arbeit und Einkommen müsse daher entkoppelt werden. Man müsse die Leute mit Kaufkraft ausstatten, damit sie die weitgehend automatisiert hergestellten Produkte kaufen können und damit sie Freiraum haben, sich im Kultur- und Sozialbereich zu engagieren. Aber hängt die Frage der Vollbeschäftigung nicht weniger mit Produktivität, vielmehr mit kapitalrentablen Arbeitsplätzen zusammen? Sobald eine Marktgesellschaft relativ wohlhabend ist, sinkt die Kapitalrentabilität. Geld könnte nun vermehrt auch in weniger ertragreiche Bereiche, also insbesondere auch in den sozialen bzw. kulturellen Bereich hineinfließen und dort auch regulär bezahlte Arbeitsplätze entstehen lassen. Stattdessen kommt es zur Krise: die Geldvermögen bleiben lieber liquide statt ihr Geld ohne Kapitalertrag zur Verfügung zu stellen. Überzeugender erscheint das Argument, dass mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein echter Arbeitsmarkt hergestellt würde, das heißt, dass die Menschen in die Lage ver-

setzt werden, ihre Arbeitskraft nicht aus blanker existentieller Not anbieten zu müssen. Damit stünden sich Geldvermögende und Arbeitskraftanbieter machtgleichgewichtiger, mehr auf Augenhöhe gegenüber. So könnte das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit (zunächst) von der Arbeitsseite her angegangen werden.

Für diesen Lösungsweg spricht auch eine soziologische Überlegung: Keynes hatte gezeigt, dass Menschen offenbar einen Hang zur Liquidität haben. Doch worin könnte die gesellschaftliche Dimension dieser Neigung zur Liquidität, zur Akkumulation von liquidem Geldvermögen bestehen, die ja psychologisch verständlich, ökonomisch aber problematisch ist? Mit der Herauslösung aus traditionellen Versorgungsbezügen und der Herausbildung von Märkten ist das Individuum in einem viel größeren Maße auf sich selbst gestellt. Dieses Freisetzen aus traditionellen Versorgungsstrukturen führt zu einem Mehr an Freiheit, aber auch zu Existenzangst. Indem Geld zum existentiellen Teilhabemedium in der Marktgesellschaft avanciert, kann es diese Existenzangst beschwichtigen. Zugleich verkörpert Geld wie kaum etwas anderes individuelle Freiheit. Es mag dieser eigentümliche Nexus von Freiheit und Existenzangst sein, der es faktischen wie potentiellen Geldvermögensbesitzern gleichermaßen als so normal erscheinen lässt, der Liquidität zu frönen und bei Verzicht einen legitimen Anspruch auf Vermögensmehrung zu haben. Die Verheißung von sich selbst vermehrendem Geldvermögen respektive der Liquiditätshaltung ist möglicherweise deshalb so mächtig, weil sie von Existenzangst und Freiheitsphantasien gestützt und genährt wird. Darin könnte ein kultureller Widerstand gegen eine Geldreform liegen. So gesehen könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen eine notwendige Voraussetzung für das gesellschaftspolitische Gelingen einer Geldreform sein, da es die Existenzangst begrenzt und so mittelbar vielleicht auch erst der von Keynes so hervorgehobene Liquiditätshunger und Liquiditätshang überwindbar wird. Denn bei aller gutgedachten Geldreform bleibt ja die Frage, ob die Menschen ein staatlich reformiertes, in seiner Machtreichweite eingeschränktes Geld akzeptieren werden. Ein bedingungsloses Grund-

einkommen wäre dann nicht nur als Zwischenlösung zu sehen, sondern als notwendiger Zwischenschritt hin zu einer Geldreform.

In jedem Falle aber würde ein bedingungsloses Grundeinkommen die soziale Frage erheblich entschärfen, indem es eine Alternative zu den überkommenen sozialen Sicherungssystemen bietet. Die Geld- und Zinsproblematik bleibt gleichwohl auch mit einem Grundeinkommen bestehen. Erst eine Geldreform würde verhindern, dass Geldvermögensbesitzer ihr Geld spekulativ aus dem produktiven Kreislauf zurückziehen können bzw. aufgrund allein der Möglichkeit dazu, ein leistungsloses Besitzeinkommen erzielen können. Aber, wie Götz Werner auf die Zinsfrage angesprochen einmal sagte: „Für mich ist die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens so etwas wie ein archimedischer Punkt. Da wird etwas aus den Angeln gehoben, und Sie werden staunen, was noch alles auf uns zukommt!“

Tilo König

■ **Ralf Welter** (Hrsg. v. Diözesanverband der KAB Aachen)
**Solidarische Marktwirtschaft durch
 Grundeinkommen – Konzeptionen für
 eine nachhaltige Sozialpolitik**

Aachen: Shaker Verlag 2003. 411 Seiten.

Wie der Autor im Vorwort selbst schreibt, ist dieses Buch „als Arbeitsbuch gedacht, um mit Hilfe empirischer Daten und grundlegender volkswirtschaftlicher Zusammenhänge die Probleme in unserer heutigen Volkswirtschaft zu erkennen und den Blick dafür zu öffnen, mit Hilfe geeigneter sozialpolitischer Instrumente, wie des Grundeinkommens, langfristig einen Lösungsweg anzubieten.“

Wer bezifferte Angaben über Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten, die Unterschiede der verschiedenen Grundsicherungsmodelle und pragmatische Vorschläge für schrittweises Vorgehen sucht, findet in diesem verdienstvollen Nachschlagewerk reiches Informationsmaterial. Schon das erste Kapitel über die Ausgangslage, Armut, Arbeitslosigkeit und die Agenda 2010, enthält zahlreiche Tabellen und Diagramme.

Mit „Triade der Arbeit“ bezeichnet die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) ihr Ziel, die selbst bestimmte Teilnahme aller Menschen an

zumindest einer der drei Formen der Arbeit zu sichern: Erwerbsarbeit, gemeinwesenbezogene Arbeit und „Privatarbeit“ (Familie u.ä.). Die Tätigkeit auf mindestens einem dieser drei Felder ist im Modell der KAB denn auch Voraussetzung für ein staatlich garantiertes Grundeinkommen – im Unterschied zu den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens. Übereinstimmung besteht mit diesen jedoch darin, dass das Grundeinkommen – anders als bei Mindesteinkommensmodellen wie negativer Einkommenssteuer – bedarfsunabhängig gewährt werden soll.

Das erfordert freilich enorme Aufwendungen. Das Grundeinkommensmodell der KAB Aachen, das im fünften Kapitel dargestellte Herzstück des Buches, enthält nicht nur dazu Zahlen, sondern auch konkrete Vorschläge zur Finanzierung: Neben einzusparenden Sozialleistungen u.a. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Wertschöpfungsabgabe (dazu gesondert Kapitel III), öko-soziale Verbrauchssteuern und Kapitalverkehrssteuer.

Hilfreich ist auch das sechste Kapitel mit einem Stufenmodell der schrittweisen Annäherung: 1. Pauschalierung der Sozialhilfe und Einsatz von Erwerbsfähigen im gemeinwesenbezogenen Sektor, 2. Neuordnung des Familienlastenausgleichs, 3. Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, 4. Wertschöpfungsabgabe, 5. Bedarfsabhängige Grundsicherung, 6. Grundeinkommen für alle.

Eine solche Stufung verdeutlicht die Richtung und macht ein Konzept politisch diskutabel. Im Sinne solcher Vermittlung zwischen Gegenwart und Vision leistet das Buch durch seine materialreiche Anknüpfung an Fakten und Einbeziehung diverser Modelle einen überaus wertvollen Beitrag. Durch einen umfangreichen Anhang mit einem ausführlichen Glossar zu wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Begriffen, einer Zeit-tafel sozialpolitischer Maßnahmen und einer 40-seitigen Bibliographie ist es ein Studienbuch, das trotz allmählich veraltender Zahlen und kleinerer redaktioneller Mängel seinen Anschaffungspreis allemal wert ist.

Roland Geitmann

■ **Yannick Vanderborght und Philippe van Parijs**
Ein Grundeinkommen für alle? – Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Mit einem Nachwort von Claus Offe. Frankfurt/M.: Campus Verlag, 2005. 167 Seiten.

Wer einen Einstieg und Überblick zum Thema „Grundeinkommen“ sucht, findet ihn optimal in diesem Buch. Es erschließt sowohl die historische als auch die internationale Dimension der Diskussion und ist gleichermaßen wissenschaftlich fundiert, engagiert und allgemein verständlich. Dr. phil. Philippe van Parijs lehrt politische Philosophie in Havard und ökonomische und soziale Ethik an der Katholischen Universität Löwen/Belgien, wo auch Dr. rer. soc. Yannick Vanderborght Soziale Sicherung unterrichtet.

Wie die Autoren im ersten Teil belegen, ist die Idee eines Grundeinkommens nicht neu, sondern reicht mindestens 200 Jahre zurück. Als Vorläufer nennen sie die Befürworter öffentlicher Fürsorge Thomas Morus und Johannes Ludovicus Vives (16. Jh.) sowie die Armengesetzgebung in den Niederlanden (16. Jh.), Schottland und England (17. Jh.), die Bismarcksche Sozialversicherung und die Sozialhilfe, die allerdings Bedürftigkeit und Arbeitsbereitschaft voraussetzt.

Nicht Barmherzigkeit, sondern „gleiche Teilhabe an dieser Erde“ ist dagegen Leitgedanke für Thomas Paine (1737-1809), eine der Leitfiguren der Amerikanischen und Französischen Revolution. Er schlägt vor, als Entschädigung für die durch das Grundeigentum verloren gegangenen naturrechtlichen Ansprüche beim Eintritt ins Erwachsenenalter aus einem nationalen Fonds einen einmaligen Pauschalbetrag zu zahlen und ab dem 50. Lebensjahr eine kleine Rente. Weitergehend fordert Thomas Spence (1750-1814), dass die Gemeinden Nutzungsrechte an Grundstücken meistbietend versteigern und nach Deckung ihrer Auslagen den Überschuss vierteljährlich an die Einwohner verteilen sollen. Als Mütterrente taucht diese Idee hundert Jahre später bei Silvio Gesell auf, der indes unerwähnt bleibt. Für das 19. Jahrhundert nennen die Autoren den Franzosen Charles Fourier, den Belgier Joseph Charlier, den Engländer John Stuart Mill und den Amerikaner Henry George.

Erst im 20. Jahrhundert verdichten sich diese Stimmen zeitweise zu einer öffentlichen Debatte, sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Der erste Lehrstuhlinhaber für politische Theorie in Oxford George D. H. Cole (1889-1959) prägt 1953 den international sich dann durchsetzenden Begriff „basic income“, den der 1969 erstmals mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnete Niederländer Jan Tinbergen mit „basis inkomen“ schon im Jahr 1934 vorwegnimmt. Der Oxforder Nobelpreisträger James Meade (1907-1995) spricht von „Sozialdividende“. Im Anschluss an Antoine A. Cournot (1838) und Abba Lerner (1944) plädiert der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman in seinem Buch „Kapitalismus und Freiheit“ 1962 für eine negative Einkommensteuer.

Für ein garantiertes Mindesteinkommen tritt seit 1965 auch der spätere Nobelpreisträger James Tobin ein und veranlasst den demokratischen Präsidentschaftskandidaten McGovern, es im Jahr 1972 unter der Bezeichnung „demogrant“ in sein Wahlprogramm aufzunehmen. Richard Nixons Variante einer Negativsteuer scheitert im Oktober 1972 am Senat.

Zeitversetzt entwickelt sich die Debatte in Europa, zunächst in Dänemark mit dem Begriff „Bürgerlohn“ und in den Niederlanden, wo der Professor für Sozialmedizin J.P. Kuiper 1976, vermutlich von Rudolf Steiner inspiriert, die Trennung von Beschäftigung und Einkommen fordert und der Wissenschaftliche Beirat für Regierungspolitik 1985 für ein „partielles Basiseinkommen“ votiert. In Großbritannien gründet sich 1984 die Basic Income Research Group (seit 1998 Citizen's Income Trust). Im selben Jahr erscheint in Deutschland der von Thomas Schmid herausgegebene Sammelband „Befreiung von falscher Arbeit“. Andere greifen das Thema auf: Opielka, Vobruba, Ostner 1986 bzw. 1987. Joachim Mitschke wirbt seit 1985 für „Bürgergeld“.

Das seit 1986 bestehende europäische Netzwerk von Wissenschaftlern erweitert sich im Jahr 2004 zum weltweiten Basic Income Earth Network (BIEN). Die durch den dm-Unternehmer Professor Götz Werner in Deutschland sprunghaft verbreitete und für viele scheinbar mit ihm erst

begonnene Diskussion über ein Grundeinkommen hat also eine lange Vorgeschichte und zumindest ein Anwendungsbeispiel, nämlich in Alaska in Gestalt einer allgemeinen Dividende aus Erdöleinnahmen.

Im zweiten Teil geben die Autoren einen Überblick über die Kennzeichen und Varianten des allgemeinen Grundeinkommens. Als drei zentrale Merkmale betonen sie, dass es (im Unterschied etwa zu Mindestlohn, Kombilohn und Negativsteuer) individuell, ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung ausgezahlt wird.

Am anspruchsvollsten ist der dritte Teil, der die Gerechtigkeit des Grundeinkommens ökonomisch und philosophisch untersucht, insbesondere ob es ein effizientes Mittel gegen Armut und Arbeitslosigkeit ist, was die Autoren mit guten Argumenten bejahen.

Interessant und hilfreich ist auch der vierte Teil des Buches über die Zukunftschancen dieser Idee, über die Skepsis der Gewerkschaften, obwohl das allgemeine Grundeinkommen ihren Anliegen eigentlich entgegenkommt, und über die Haltung der Parteien. Zur Umweltbewegung gibt es eine inhaltliche Nähe, zur Sozialdemokratie dann, wenn statt einer repressiven Variante des aktivierenden Sozialstaatsmodells (Hartz IV) eine emanzipatorische verfolgt würde. Die PDS war eine der treibenden Kräfte für die Bildung des deutschen Netzwerks Grundeinkommen im Juli 2004.

Ein letzter Abschnitt behandelt Möglichkeiten der schrittweisen Annäherung wie haushaltsbezogene Negativsteuer, partielles Grundeinkommen und gesellschaftlich nützliche Betätigung als Voraussetzung für ein Grundeinkommen.

In seinem Nachwort geht Claus Offe, Professor für Politikwissenschaften in Berlin, auf einige Aspekte der deutschen Diskussion ein, insbesondere auch auf die christliche und durch ein berühmtes (und viel missbrauchtes) Paulus-Wort geprägte Gerechtigkeitsvorstellung, dass derjenige, der nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Auch Offe unterstreicht demgegenüber, dass die Erde allen ihren Bewohnern gehört und deshalb alle ganz unabhängig von ihren Vorleistungen und Tätigkeiten einen Anspruch auf „ihren“ Teil haben. Zu Recht betont er, dass das Grundein-

kommen ergänzt werden muss durch neue institutionelle Gelegenheiten zur Teilnahme an nicht-erwerbsbezogenen Formen nützlicher Tätigkeit. Hier dürfte das Hauptproblem liegen, nämlich in der Frage, wie die Menschen fähig werden, mit der größeren Freiheit durch ein allgemeines Grundeinkommen zu leben, ohne zu verkommen, also vom Konsumenten zum „Lebensunternehmer“ zu werden. Dass hierin eine enorme Herausforderung für unser ganzes Erziehungs- und Bildungswesen liegt, und unter staatlicher Gängelung wohl kaum gemeistert werden kann, lässt das Buch allenfalls erahnen.

Auch quantitative Angaben über Kosten und Finanzierung im Vergleich zum bisherigen Sozialetat darf man in diesem Buch nicht erwarten. Stattdessen wird der Leser argumentativ bestens ausgerüstet und befähigt, auch sehr verschiedene Maßnahmen wie die stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen oder Kombilohn als (mehr oder weniger unbewusste) Schritte auf dem Weg zu einem allgemeinen Grundeinkommen zu interpretieren. Für alle, die über ein allgemeines Grundeinkommen mitdenken und -reden wollen, ist dieses Buch unentbehrlich.

Roland Geitmann

■ **Ronald Blaschke**
Grundeinkommen zwischen Mindest- und Lebensstandardsicherung. Eine Orientierungshilfe im Zahlenlabyrinth.

Meißen: DGB-Bezirk Sachsen und Evangelische Akademie, 2005, 64 Seiten.

“In Deutschland ist das Problem der Armut trotz Arbeit längst nicht mehr unbekannt. Aber auch die Armut durch Arbeitslosigkeit und durch die mangelhafte Ausgestaltung von Sozialsystemen ist ein Dauerbrenner in der wissenschaftlichen politischen Diskussion.” Dieser einleitende Satz beleuchtet den Hintergrund dieser schon 20 Jahre währenden Diskussion. Sie ist ein Nachdenken über ein steuerfinanziertes Transfersystem und über eine gelockerte Bindung der Sozialsysteme an die Erwerbsarbeit. Dies ist aus zwei Gründen notwendig: Einmal wird die klassische Erwerbsarbeit gegenwärtig für immer mehr Menschen unerreichbar. Zum zweiten wird Arbeit,

die in erster Linie am Gemeinwohl orientiert ist, immer wichtiger.

In seiner Studie betrachtet Blaschke die unterschiedlichen Ansätze und Begriffe und vergleicht sie anhand verschiedener Kriterien. In gedrängter Form gibt er einen Überblick über die unterschiedlichen Bezüge zum gegenwärtigen Sozialversicherungssystem und zu den möglichen Folgen für den Arbeitsmarkt (Arbeitsangebot, Arbeitsplatzangebot, Arbeitszeitverkürzung, Niedriglohnsektor, Mindestlöhne usw.)

Den Einstieg bildet eine tabellarische Übersicht des gegenwärtigen Systems und seiner Krise: die Zahl der Sozialhilfebeziehenden steigt kontinuierlich und mit ihr die Belastung für die Kommunen. Gleichzeitig nimmt trotz Sozialhilfe die Armut zu, die Re-Integration in den Arbeitsmarkt fehlt, ebenso die Koordination der Sozialhilfe mit anderen Komponenten des Sozialversicherungssystems. Das entwürdigende Verfahren und die inzwischen immer stärkere Arbeitspflicht sind weitere gewichtige Kritikpunkte. Daneben gerät aber auch das Sozialversicherungssystem selbst immer mehr ins Trudeln: Durch seine Bindung an die klassische Erwerbsarbeit vergrößern sich die Unterversorgung und die Finanzierungslücken.

Im zweiten Abschnitt werden die verschiedenen Begriffe der wissenschaftlichen und politischen Debatte um Mindesteinkommen aufgelistet. Dabei zeigen sich auch Unschärfen und fließende Übergänge der verschiedenen Ansätze. Die Kriterien, nach denen in der wissenschaftlichen Literatur die verschiedenen Konzepte verglichen und bewertet werden, bilden den dritten Abschnitt.

Nachfolgend ist in einer umfangreichen Tabelle stichwortartig der Inhalt der einzelnen Ansätze bezogen auf die verschiedenen Kriterien aufgelistet. Diese Übersicht kann ein Leitfaden im Dickicht der gegenwärtigen Diskussion sein.

Der fünfte Abschnitt zeigt den Zusammenhang zur Diskussion um Arbeitszeitverkürzung. Verkürzung der Arbeitszeit kann von den Arbeitenden nur akzeptiert oder gar gewünscht werden, wenn sie dadurch nicht offen oder verdeckt von Armut bedroht sind. Es wird damit der Kern der Debatte um garantierte Mindesteinkommen deutlich: Wie wird für jeden einzelnen Menschen die aktive Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung garantiert?

Im Anhang werden einige ausgewählte Modelle anhand der Kriterien des 3. Abschnitts ausführlicher dargestellt und bewertet. Hier zeigt sich erneut die Vielfalt der Vorschläge der verschiedenen "Initiatoren". Eine ausführliche Literaturliste schließt die Arbeit ab. Die Studie gibt eine gute Übersicht über die verschiedenen Teilstränge der Diskussion. Dadurch erleichtert sie sehr den Einstieg in diese überaus wichtige Diskussion.

Auffallend ist, dass diese politische Debatte von einem anderen Problemkreis, nämlich dem Umgang mit den natürlichen Grundlagen jeden Wirtschaftens, bisher noch losgelöst ist: "Öko" existiert genau zweimal im ganzen Text als "Öko-steuer" (S. 48) und als "Öko-soziale Verbrauchssteuer" (S. 50). Dabei ist doch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und das Recht auf gleiche Teilhabe aller an diesen Grundlagen eine tief liegende Verbindung zu einem garantierten und bedingungslosen Grundeinkommen. Die Verteilung der Bodenrente und noch allgemeiner die Verteilung von Ökoabgaben wie z.B. einer Energiesteuer stellen das Verbindende dar. Hierin sehe ich eine große Chance, die "alten" freiwirtschaftlichen Ideen mit der gegenwärtig heraufkommenden Debatte um ein Grundeinkommen zu verknüpfen.

Bereits Gesell machte ja den Vorschlag, die Bodenrente als Grundeinkommen an die Frauen und ihre Kinder, also an alle Menschen in ihrer Jugendzeit, zu verteilen. Allerdings benützte er nicht das Wort "Grundeinkommen". Wenn wir den Begriff "Boden" als Symbol für alle nicht-vermehrten Naturressourcen denken, so ist diese Verallgemeinerung sicher im Sinne von Gesell. Die Ausweitung der Verteilung auf alle Menschen während ihrer gesamten Lebenszeit geht über die Vorschläge von Gesell hinaus, steht aber m. E. dazu überhaupt nicht im Widerspruch. Ein Grundeinkommen, das aus dieser Quelle gespeist wird, braucht zusätzlich unbedingt ein "fließendes Geld" mit allen seinen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Für dieses Grundeinkommen werden nicht die Früchte der Arbeit anderer verteilt, sondern der ökonomische Gegenwert des Geschenks von Mutter Erde. Dass dies unter den gegenwärtigen Bedingungen von unsicherer Erwerbsarbeit, steigender Massenarbeitslosigkeit

und verschärftem Druck auf die Beschäftigten umso nötiger ist, versteht sich von selbst. Wenn "immer mehr Güter in immer weniger Zeit von immer weniger Menschen" (Jeremy Rifkin) hergestellt werden, ist es gut, über die Bedeutung der bisherigen Erwerbsarbeit als Einkommensquelle neu nachzudenken. Dass ein permanent zinstragendes Geld diese Einkommensquelle darüber hinaus austrocknet, steigert noch die Aktualität des "Ressourcen-Grundeinkommens". Es mildert den unerträglichen Druck auf die Beschäftigten und sichert gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen. Selbstverständlich bleibt weiterhin die Behebung des Systemfehlers im Geld unverzichtbar!

Die Lektüre der Studie von Ronald Blaschke ermöglicht den kompetenten Einstieg in diese dringend notwendige Debatte – auch und gerade für AnhängerInnen der FAIRCONOMY. Bezugsquelle im Internet: www.labournet.de/diskussion/arbeit/existenz/ge-synopse.pdf

Alwine Schreiber-Martens

■ Kai Ehlers Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft

Dornach: Pforte Verlag 2006. 217 Seiten.

Im Format ist es das kleinste der hier vorgestellten Bücher zum Thema „Grundeinkommen“, inhaltlich jedoch durchaus reichhaltig. Anliegen des Autors ist es, das Projekt Grundeinkommen als Baustein in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Wie selbstverständlich bedient er sich dabei als Inspirationsquellen sowohl Rudolf Steiners Idee der Sozialen Dreigliederung als auch des geldreformerischen Ansatzes von Silvio Gesell.

Kai Ehlers (Jg. 1944) studierte Germanistik, Publizistik und Theaterwissenschaft und ging im Zuge der 68er-Bewegung in die journalistische und politische Praxis. 1992 war er Mitbegründer des Vereins „Nowostroika“, der den Ost-West-Dialog und selbstbestimmte Initiativen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion unterstützt. Titel weiterer Bücher lauten „Asiens Sprung in die Gegenwart“ und „Erotik des Informellen“. „Impulse für eine andere Globalisierung aus der russischen Welt jenseits des Kapitalismus. Von

der Not der Selbstversorgung zur Tugend der Selbstorganisation.“

Mit den letzten Untertiteln sind auch wesentliche Inhalte des hier zu besprechenden Buches angedeutet. Bei aller Sympathie für ein bedingungsloses Grundeinkommen erkennt Ehlers darin deutlich die Gefahr, dass die Gesellschaft dadurch „in eine Ansammlung von sozial passiven Individuen zerfällt, die nur noch durch den Empfang der Staatsknete zusammengehalten werden“ (S. 170 f.). Um nicht staatlicher Allmacht und Wirtschaftskrisen hilflos ausgeliefert zu sein, plädiert der Autor als unverzichtbare Ergänzung für selbstorganisierte „Versorgungsgemeinschaften“, die aus mindestens drei erwachsenen Personen bestehen und die Befriedigung von Grundbedürfnissen des Wohnens und Essens sicherstellen. Als drittes Element nennt er „Eigenarbeit“, eine frei gewählte entgeltliche oder unentgeltliche Tätigkeit. Als Vorbilder für sehr unterschiedlich vorstellbare Versorgungsgemeinschaften skizziert Ehlers den Buschberghof, den Kattendorferhof und die Kommune Niederkaufungen, erwähnt die Werkgemeinschaft Schloss Hamborn und Camphill-Gemeinschaften und würdigt die Rolle von Tauschbörsen und Regionalgeldern am Beispiel des „Chiemgauers“.

Dank seiner Kenntnis der osteuropäischen Verhältnisse erkennt Ehlers wertvolle Zukunftsimpulse auch in der Geschichte russischer Gemeinschaftsstrukturen. Das dörfliche Miteinanderwirtschaften sei durch Maßnahmen der sowjetischen Zwangskollektivierung zwar verzerrt worden, habe sich aber bis heute erhalten. Als Kürzel für sein Bestreben, die östlichen und westlichen Erfahrungen mit Gemeinschaftsbildung befruchtend zusammenzuführen, kombiniert Ehlers das russische Wort „Mir“ (Dorfplatz) mit „Wir“ zum „MIR-WIR“.

Dass Einzelheiten gelegentlich unzutreffend sind, wie die Angabe auf S. 52, der (bekanntlich 1930 verstorbene) Silvio Gesell habe seine Theorien „in den 30er Jahren entwickelt“, in Wirklichkeit 40 Jahre vorher, schmälert nicht den Wert dieser überaus anregenden und die Diskussion bereichernden Arbeit.

Roland Geitmann

■ Joachim Bischoff Allgemeines Grundeinkommen – Fundament für soziale Sicherheit?

Hamburg: VSA-Verlag, 2007. 103 Seiten.

Joachim Bischoff, Mitglied der Memorandum-Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, ist Autor zahlreicher Publikationen zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus. Dieses Buch zum Grundeinkommen erhebt den Anspruch, den gesellschaftstheoretischen Hintergrund zu skizzieren, die Realisierbarkeit zu prüfen und den utopischen Gehalt der Konzeption zu beleuchten. Hintergrund der gegenwärtig (wieder) aufkommenden Diskussion über das Grundeinkommen sind die Hartz-Gesetze bzw. die sich verfestigende Arbeitslosigkeit. Daraus erkläre sich auch, dass es auf allen politischen Seiten sowohl Unterstützung als auch Ablehnung für das Konzept gibt.

Die Leitfrage des Autors ist die nach der „gerechten Aufteilung des erwirtschafteten Produkts“. (S. 29) Seine Antwort lautet: „Wir müssen in die Verteilungsverhältnisse zu Lasten der Gewinn- und Vermögenseinkommen eingreifen und neben der materiellen Grundlage für den Dritten Sektor auch eine Demokratisierung der einzelwirtschaftlichen Ökonomie durchsetzen.“ (S. 33) Fragt sich nur, wie. Leider findet man dazu keine zukunftsweisende Antwort in diesem Buch.

Das Grundeinkommen wird verworfen, u.a. weil es die Abkehr von der Utopie der Vollbeschäftigung alten und auch neuen Typs darstelle (S.24). In Abgrenzung zu Lafargue's „Recht auf Faulheit“ hält der Autor fest: „Von ... der Entkopplung von Arbeit und Einkommen träumen jene, die das System der kapitalistischen Wertschöpfung und die Möglichkeit einer umfassenden Steuerung und Regulierung der gesellschaftlichen Arbeit nicht akzeptieren oder nicht verstanden haben.“ (S. 39) Wie sähe eine solche Steuerung aus? „Kern der Kontroverse ist ... die Realisierbarkeit von Veränderungen in den Verteilungsverhältnissen.“ (S.57)

Wie sähen Schritte in diese Richtung aus? Im Kapitel „Finanzkapitalismus“ schreibt Bischoff: „Die dahinter steckende Begünstigung der leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen

schlägt sich in einer ... fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder. ... Während der Kapitalismus früher auf einer Unterordnung des Geld- und Finanzkapitals unter das produktive Kapital (Industriekapital) basierte, hat sich diese Machtbeziehung jetzt umgekehrt. ... Der Übergang zur organisierten Interessenvertretung der Vermögensbesitzer markiert eine Machtverschiebung von den fungierenden Kapitalisten (in der Regel das Management) hin zu den "Rentiers", zugunsten der Eigentümer." (S. 65-69)

Was war Ursache dieser Kräfteverschiebung? Als Ansatzpunkt für Veränderungen lehnt der Autor das Grundeinkommen ab, als einzige Lösung sieht er: "... Arbeitszeit verkürzt, die Erwerbsarbeit verallgemeinert, die Bedingungen der Arbeit radikal verändert und im Kontext der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Phänomenen entfremdeter Arbeit eine gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung der Reichtumsproduktion entwickelt ..." (S. 80) Wie wäre das konkret anzugehen? Antworten erhofft man sich im Kapitel "Das emanzipatorische Projekt des 21. Jahrhunderts" (S. 81): "Ohne Zurückdrängung dieser leistungslosen Einkommen und des damit verbundenen Müßigganges kann es keine sozial gerechte Verteilung von Arbeit und der frei verfügbaren Zeit geben." (S. 93) Und wie könnte das bewerkstelligt werden? "Kurzfristiges Ziel einer linken oder alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist daher die Rückführung der bundesdeutschen Wirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad, vornehmlich durch eine expansive Politik der binnenwirtschaftlichen Nachfragestabilisierung." (S. 97)

Das Stichwort "Ökologie" spielt keine Rolle in diesem Buch. Auch der Sky-Trust-Vorschlag der Heinrich-Böll-Stiftung, der ja aufs Haar dem Vorschlag des Seminars für freiheitliche Ordnung gleicht und der sehr konkret einen Aspekt der Verteilungsfrage angeht, wird nicht erwähnt. Schade eigentlich.

Alwine Schreiber-Martens

■ **Andrea Baier, Christa Müller und Karin Werner**

Wovon Menschen leben: Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes (mit Fotografien von Cornelia Suhan und einer Video-DVD von Beate Middeke und Eva Kukuk)

München: Oekom-Verlag, 2007. 301 Seiten.

Nur gut ein Drittel der Arbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, ist bezahlte Erwerbsarbeit, wie Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen. Ohne die übrigen beiden Drittel, die aus Hausarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt bestehen, könnte die Gesellschaft jedoch nicht funktionieren. Obwohl diese Arbeitsformen ebenfalls mit einer erheblichen Wertschöpfung einhergehen und mehr Zeit beanspruchen als die Erwerbsarbeit, fallen sie nicht nur in volkswirtschaftlichen Berechnungen und Statistiken meist unter den Tisch. Auch außerhalb wirtschaftlicher Betrachtungen und in öffentlichen Debatten wird ihnen weniger Aufmerksamkeit gewidmet als in Anbetracht ihrer individuellen wie gesellschaftlichen Bedeutung gerechtfertigt und notwendig wäre.

Andrea Baier, Christa Müller und Karin Werner haben sich diesem Thema daher im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojekts gewidmet, aus dem nun ihr Buch „Wovon Menschen leben“ hervorgegangen ist. Dabei hat die Autorinnen weniger der ökonomische Aspekt von Hausarbeit, Eigenarbeit und Erwerbsarbeit interessiert als vielmehr die Frage, wie Menschen konkret im Alltag solche Arbeit praktizieren und integrieren, die „jenseits bzw. ‚im Schatten‘ der Marktwirtschaft“ (S. 9) stattfindet und welche Bedeutung diese Arbeit für sie hat. Ihre These lautet, dass Menschen „für ihre Versorgung mit sozialen Beziehungen und Sinn (...) mehr auf die unbezahlte Arbeit angewiesen (sind) als auf die bezahlte“ (S.14 f.). Die Leitfrage, die sie deshalb mit Blick auf diese „außermarktlichen“ Tätigkeiten untersucht haben, lautet: Wovon und wofür leben Menschen?

Wie funktioniert die Gesellschaft jenseits der Marktökonomie? Was hält sie zusammen? Als „Kitt des Sozialen“, „ohne den unsere Gesellschaft zerfallen würde“, bezeichnen die Auto-

rinnen die von ihnen betrachteten Arbeitsformen im Vorwort zu ihrem Buch. Sie deuten damit vorab an, was aus ihrem Buch im Verlaufe hervorgeht: wie sehr nämlich gerade auf familiärer, nachbarschaftlicher und regionaler Ebene, also dort wo ein Großteil des Lebens praktisch stattfindet und erlebt wird, die Gesellschaft auf das nicht-erwerbswirtschaftliche Engagement von Menschen angewiesen ist und dadurch geprägt wird.

Basis des Buches und des Forschungsprojekts sind 49 Interviews mit Menschen unterschiedlichster Herkunft und Lebenssituationen. Den Befragten ist gemein, dass sie sich alle auf die eine oder andere Weise in einem nicht-marktlichen Bereich engagieren. Die Autorinnen deuten die Interviews in Bezug darauf, wie die Interviewten „für andere sorgen“ (Kapitel 2), ihren „Nahraum gestalten“ (Kapitel 3), „Natur erleben – Natur bewahren“ (Kapitel 4) und Dinge „selber machen“ (Kapitel 5). Eine Besonderheit des Buches besteht darin, dass in jedem dieser Kapitel auf die Darstellungen der Autorinnen jeweils Text- und Fotoportraits folgen, in denen einige der Interviewten direkt vorgestellt werden. Dadurch werden deren Lebenssituationen und Geschichten greifbarer und es wird möglich, sie emotional nachzuvollziehen und sich eigene Gedanken über deren Bedeutung zu machen. Eine dem Buch beigefügte DVD mit Video-Zuschnitts aus den Interviews ermöglicht es, einen noch tieferen und „unverfälschteren“ Eindruck der Interviewten zu gewinnen.

Das Buch ist kein hochwissenschaftliches und abstraktes Werk, das sich vornehmlich an ausgebildete Soziologen richtet, sondern eine lebensnahe Beschreibung und Interpretation von Lebensgeschichten, die beispielhaft dafür stehen, auf welcher vielfältigen Weise sich Menschen ihren Alltag gestalten, ihre Werte und Überzeugungen leben und zu einem Funktionieren der Gesellschaft beitragen. Welchen Wert die Kapitel 2 bis 5 aus Lesersicht haben, entscheidet sich daher auch vor allem daran, ob die persönlichen Geschichten der Interviewten in irgendeiner Weise an den jeweiligen Lebenskontext und die individuellen Lebensvorstellungen eines Lesers anknüpfen können, denn dann sind inspirierende

Einsichten und eventuell sogar persönliche Aha-Effekte möglich.

Wer hingegen das Buch vornehmlich mit einem Interesse an soziologischer Theoriebildung liest, wird vor allem am abschließenden 6. Kapitel („Das (post-)moderne Individuum zwischen Markt und Subsistenz: Eine Zeitdiagnose“) Interesse haben. Hier findet eine „zusammenfassende Analyse wie theoretische Reflexion des zuvor Geschilderten“ (S. 20) vor dem Hintergrund aktueller sozialwissenschaftlicher Modelle und Theorien statt. Wer allerdings eine überraschende, ausführliche und allgemeingültige Antwort auf die einleitenden Fragen erhofft, findet diese eher nicht. „Auch in Zeiten der Globalisierung haben sich Subsistenz, Eigenarbeit und Engagement nicht überlebt“ (S. 282) lautet im wesentlichen die Erkenntnis, die zwar nicht umwerfend ist, aber angesichts der starken neoliberalen Tendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je einer nachdrücklichen Betonung und Untermauerung bedarf.

Pflichtlektüre mit bahnbrechenden Erkenntnissen ist dieses Buch sicherlich nicht, aber wer sich gern von den Lebensgeschichten anderer inspirieren lässt oder konkrete Beispiele für die gesellschaftliche (und ökonomische) Bedeutung nicht-marktlicher Arbeit sucht, kann hier durchaus fündig werden und an dem Buch Gefallen finden.

Henning Osmers

■ Gero Jenner Energiewende – So sichern wir Deutschlands Zukunft

Berlin: Propyläenverlag / Ullstein, 2006. 251 Seiten.

Gero Jenner behandelt in seinem neuen Buch ein hochaktuelles Thema. Trotz seines Untertitels „So sichern wir Deutschlands Zukunft“ durchleuchtet es nicht nur für Deutschland die sich vor dem Hintergrund verknappender Rohstoffe abzeichnende ökonomisch-soziale Entwicklung, sondern bezieht in sein Panorama einer Welt von Morgen die westlichen Industrienationen in ihrer Gesamtheit mit ein.

Gero Jenner hat sich in früheren Arbeiten („Nippon – eine untergehende Sonne?“, „Die arbeitslose Gesellschaft“ und „Das Ende des Kapitalis-

mus“ als Wirtschaftsexperte ausgewiesen, der die ökonomische Dimension aber stets nach ihren sozialen und naturbezogenen Hintergründen und Auswirkungen befragt. Darin liegt auch die Stärke des vorliegenden Buchs. Denn der Autor analysiert die Energieproblematik keinesfalls nur aus der gewohnten Perspektive der Ökologen, die in Barrel und Kilowattstunden kalkulieren, oder wie viel Öl oder Gas wir in zwanzig Jahren aus dem Nahen Osten oder Russland noch zu welchen Preisen und politischen Risiken einkaufen werden. Er beschränkt sich in seinem Buch auch nicht auf die CO₂-Problematik oder die Beschwörung der Klimakatastrophe. Die diesbezüglichen Kenntnisse setzt er mit Recht als Allgemeinwissen voraus. Der entscheidende Teil seiner Analyse liegt in den überzeugenden und auch dem Laien auf Anhieb verständlichen Argumenten, mit denen er uns den Zusammenhang zwischen fossil-atomarer Energieversorgung und der Struktur einer neoliberalen Wirtschaft vor Augen führt, in der Shareholder und nicht die betroffene Mehrheit der Menschen die Spielregeln diktieren.

Im ersten Abschnitt seines Buches („Warum Deutschland alt ist und China jung“) unternimmt der Autor eine Diagnose der deutschen Situation, die er unabhängig von kurzfristigen konjunkturellen Ausschlägen analysiert. Dabei hebt er die tiefer liegenden Ursachen der Massenarbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Niedergangs hervor. Im zweiten Abschnitt („Volkskrankheit Pessimismus“) geht er auf die Folgen für das Alltagsleben der Menschen ein. Der dritte Teil („Fossile Dämmerung – ein Strohfeuer erlischt“) stellt diese Entwicklung in den weiteren Zusammenhang der Rohstoffverknappung, bevor der vierte Abschnitt die zu erwartenden und heute schon sichtbaren weltpolitischen Konsequenzen, nämlich die drohenden Ressourcenkriege, thematisiert („Die Pulverfässer werden gefüllt“). Darin geht Jenner auch auf die eskalierende Staatsverschuldung ein und auf den fatalen Tatbestand, dass diese praktisch nur noch den Zinszahlungen dient, ebenso auf die mit diesen Zinstransfers verbundenen Umverteilungen der Einkommen von der Mehrheit zur Minderheit. In fünften Teil dringt Jenner zum Kern der Analyse vor, zu den geistigen Ursachen, die dem

Wettrennen der Nationen seit Beginn der Industrialisierung zugrunde liegen („Sonnenfinsternis unter dem Machtsyndrom“).

Jenner lässt keinen Zweifel daran, dass die fortschreitende Produktionsverlagerung in die asiatischen Billiglohnländer die Länder des Westens auf die abschüssige Bahn einer Basar- und Ausverkaufswirtschaft abgleiten lässt. Staaten, die diesem von den großen Konzernen angetriebenen Aderlass tatenlos zusehen, werden die steigenden Energiekosten in naher Zukunft nicht länger bezahlen können. Der Übergang zu den erneuerbaren Energien ist daher nicht nur ökologisch, friedenspolitisch und aufgrund schwindender Lagerstätten geboten, sondern es geht ebenso sehr um die Eindämmung der durch die Auslagerung bewirkten Arbeitslosigkeit und damit um die Bewahrung unseres Wohlstands. Denn so lange die fossil-atomare Abhängigkeit besteht, werden wir zur Konkurrenz mit den Billiganbietern gezwungen sein.

Der entschiedene Wille, diesem Teufelskreis durch den Übergang zu erneuerbaren Energien zu entkommen, erlaubt uns – wie Jenner überzeugend darlegt – nur eine Wirtschaftspolitik, die uns nicht in einen für die Mehrheit zunehmend zerstörerischen Freihandel treibt. Vor allem aber wird von ihm herausgearbeitet – und das ist meines Erachtens das Neue und das große Verdienst dieses Buches –, dass der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit – und damit der „Energiewende“ – nicht nur Voraussetzung für den Erhalt unserer Umwelt ist, sondern auch die Voraussetzung für ein entspannteres Miteinander der Nationen und damit für den Frieden in der Welt.

Helmut Creutz

■ **Franz Wegener**
Der Alchemist Franz Tausend – Alchemie und Nationalsozialismus

Gladbeck: Kulturförderverein Ruhrgebiet, 2006. – 165 Seiten.

■ **Adolf Burger**
Des Teufels Werkstatt – Die größte Fälscheraktion der Geschichte

München: Elisabeth Sandmann Verlag, 2007. – 280 Seiten.

In seinem Buch „Geld und Magie“ über den zweiten Teil von Goethes „Faust“ hat Hans Chr. Binswanger die Papiergeldschöpfung am Kaiser-

hof als moderne Alchemie interpretiert, mit der Fausts „großes Werk“ der modernen Zivilisation finanziert wurde. Noch viel teuflischer als Fausts Pakt mit Mephistopheles waren die fehlgeschlagenen Versuche rechtsradikaler Kreise nach dem ersten Weltkrieg, die von den Siegermächten geforderten Reparationen in Höhe von 132 Milliarden Goldmark mit künstlich erzeugtem Gold zu bezahlen, und die gelungenen Versuche des NS-Regimes, sich mit Hilfe von gefälschtem Papiergeld in den Besitz von Gold zu bringen.

- Franz Wegener rekonstruiert die von völkischen und okkultistischen Kreisen sowie von Industriellen wie Krupp und Mannesmann unterstützten Bestrebungen des „Goldmachers“ Franz Tausend, auf künstlichem Wege Gold herzustellen. Damit sollten die Währungen der Siegerländer des ersten Weltkriegs inflationär entwertet und das internationale, auf angeblich ‚jüdischem Gold‘ beruhende Währungssystem unterminiert werden. (S. 74-78, 128-132) Wegen seiner Betrügereien wurde Franz Tausend schließlich 1931 vor Gericht gestellt. Während der NS-Zeit wirkte er aber weiter.

- Zunächst griffen Nationalsozialisten oberflächlich Begriffe aus der Geld- und Bodenreform auf, um sie im Sinne ihrer antisemitisch-rassistischen Ideologie („Brechung der Zinsknechtschaft“) zu pervertieren und sie als Köder zur Gewinnung von sozial entwurzelten Massen zu missbrauchen. Nachdem sie die politische Macht in Deutschland erobert hatten, gingen sie zur Finanzierung von Rüstungsproduktion, Krieg und Holocaust mittels einer großen Inflation über. Und während des Zweiten Weltkriegs steigerten die Nationalsozialisten ihre Perversion von Einsichten in die Bedeutung der Geldmengensteuerung für die Stabilität von Währungen, indem sie ausländisches Geld – vorwiegend britische Pfundnoten – fälschten und dieses Falschgeld gleichsam als Waffe gegen die sog. „Feindstaaten“ einsetzten.

An diese größte Geldfälscheraktion der Geschichte erinnert der aus der Slowakei stammende ehemalige KZ-Häftling Adolf Burger mit seinem Buch „Des Teufels Werkstatt“. Dieses Buch bildet die Vorlage für den Film „Die Fälscher“, der im vergangenen Frühjahr in die Kinos kam

und in einer erschütternden Weise vor Augen führte, was sich während des Zweiten Weltkriegs in den Baracken 18 und 19 des Konzentrationslagers Oranienburg-Sachsenhausen zugetragen hat. Auf Befehl von Himmler wurden diese beiden Baracken vom Reichssicherheitshauptamt mit Stacheldraht und Sichtschutz vom übrigen KZ „vollkommen isoliert“, um darin unter der Leitung von SS-Sturmbannführer Bernhard Krüger eine geheime Geldfälscherwerkstatt einzurichten. Im Rahmen dieser „Operation Bernhard“ wurden eine Buchdruckerei, eine Abteilung für Lichtdruck, Offset, ein Fotolabor, eine Abteilung für Retuschen, eine Buchbinderei, eine Setzerei, eine Werkstatt für Graveure und ein Kontrollraum für die gefälschten Banknoten mit modernsten Maschinen und Geräten ausgestattet. (S. 120) Gemäß der NS-Ideologie, wonach Juden besondere Kenntnisse über das Geld hätten, rekrutierte die SS für diese „größte Fälscheraktion der Geschichte“ aus dem KZ Auschwitz und anderen KZs 144 jüdische Häftlinge, die zuvor Berufe als Drucker, Graveure, Typografen, Chemiker und Bankangestellte ausgeübt hatten. Unter Androhung ihrer Ermordung wurden sie von 1942 bis 1945 gezwungen, in großem Stil Pässe, Dokumente, britische Briefmarken und vor allem britische Pfundnoten zu fälschen. Burger und seine Mithäftlinge lebten in der ständigen Gewissheit, dieser teuflischen Fälscherwerkstatt niemals lebend enttrinnen zu können. „Eine vom Nazi-Staat errichtete Geldfälscherwerkstatt bedeutet ein Staatsgeheimnis, dessen Zeugen nur der Tod erwartet.“ (S. 119)

Das Falschgeld „sollte entweder über England abgeworfen oder auf dem Umweg über neutrale Staaten eingeschleust werden, und zwar in so großen Mengen, dass dadurch die englische Währung ins Wanken geraten würde. SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich rechnete damit, dass sich gefälschte Pfundnoten im neutralen Ausland auch in echte, dringend benötigte Devisen umtauschen ließen.“ (S. 127, 143-144)

Für den Vertrieb des Falschgeldes richtete der Sicherheitsdienst der SS ein weltweites Vertriebsnetz ein und „benutzte die gefälschten Noten, um damit in besetzten, verbündeten und neutralen Staaten, aber auch in feindlichen Ländern

„legal“ oder auf den entstandenen Schwarzmarkten Gold, Edelsteine, Schmuck oder Valuten aufzukaufen. ... Bei Kriegsende hätte das Falschgeld, wäre es in den englischen Umlauf gekommen, 40 Prozent des echten in Umlauf befindlichen Geldes betragen.“ (S. 157-158) Mit der Einstufung der gefälschten Pfundnoten als echt durch die Bank of England und der „Bezahlung“ von Gold mit Falschgeld erreichte die perfide nationalsozialistische Alchemie schließlich ihren grauenhaften Erfolg.

Der Sicherheitsdienst der SS ordnete auch noch die Fälschung von amerikanischen Dollarnoten an. Dabei ergaben sich jedoch technische Probleme und einige mutige Häftlinge versuchten sogar, die Produktion von Dollars durch ihre unauffällige Verlangsamung zu sabotieren. (S. 163ff) Aufgrund des Vorrückens der Roten Armee befahl die SS im März 1945 die Verlegung der Geldfälscherwerk aus dem KZ Sachsenhausen in ein Außenlager des KZs Mauthausen (Österreich). Noch bevor die Produktion der falschen Dollarnoten dort fortgesetzt werden konnte, wurden 137 Angehörige des Fälscherkommandos Anfang Mai 1945 von Amerikanern befreit. Währenddessen ließen NS-Funktionäre zahlreiche Metallkisten mit Falschgeld, Devisen, Gold und Akten im Toplitzsee im Salzkammergut versenken, um die Spuren ihrer Untaten zu vertuschen. (S. 245) Einige davon wurden später von Tauchern aus 150m Tiefe geborgen. Adolf Burgers Erinnerungen sind mit dem Leitspruch überschrieben: „Damit nie vergessen werde, was geschah.“

Werner Onken

VERANSTALTUNGEN

■ Grundeinkommen

Kongress über das Grundeinkommen vom 5.–7. Oktober 2007 in Basel unter Mitwirkung von Ronald Blaschke, André Presse, Prof. Dr. Franz Segbers, Prof. Dr. Peter Ulrich u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
www.grundeinkommen2007.org
und www.grundeinkommen.de

■ Der Staat – Garant des Rechts oder Arena des Interessenkampfes?

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 27.–28. Oktober 2007 in Boll unter Mitwirkung von Gerald Häfner („Mehr Demokratie“) sowie Fritz Andres, Eckhard Behrens und Jobst von Heynitz.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Sekretariat, Badstr. 35, 73087 Boll
Fon: 0 71 64 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Gewalt als Folge wirtschaftlicher Macht

Tagung von Kairos Europa vom 7.–9. Dezember 2007 im Ökumenischen Bildungszentrum Sancta Clara/Hotel Wartburg in Mannheim unter Mitwirkung von Tobias Pflüger, Dr. Christine von Weizsäcker, Dr. Marcos Arruda u.a.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:
Martin Gück, Hegenichstr. 22, 69120 Heidelberg
Tel.: 06221/716005
eMail: gueck@kairoseuropa.de
Internet: www.kairoseuropa.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Ronald Blaschke
Wittenberger Str. 110 c, 01277 Dresden

Helmut Creutz
Monheimsalle 99, 52062 Aachen

Prof. Dr. Roland Geitmann
Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Mag. Soz. Tilo König
Timmersloher Str. 76, 28215 Bremen

Prof. Günther Moewes
Poppelsdorfer Str. 10, 44319 Dortmund

Dipl.-Kfm. Henning Osmers
Schlengstr. 8, 28309 Bremen

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Dombacher Str. 35, 51065 Köln